


Informationen und Checkliste für eine Depoteröffnung bei der Frankfurter Fondsbank – VL Fondsdepot

(Bitte senden Sie dieses Formular zusammen mit den anderen Depoteröffnungsunterlagen an 321finanzcheck zurück)

Sehr geehrter Anleger, sehr geehrte Anlegerin,
vielen Dank für Ihr Interesse an dem VL-Fondsdepot der Frankfurter Fondsbank. Mit der Eröffnung nutzen Sie die speziellen Konditionen von 321finanzcheck.
Sparen Sie bis zu 100% des Ausgabeaufschlags, eröffnen Sie heute noch Ihr Depot.
Als Hilfe bei der Depoteröffnung können Sie die Checkliste verwenden bzw. diese nach und nach abhaken. Dann senden Sie bitte alle Unterlagen vollständig ausgefüllt und unterzeichnet an uns zurück.

1. Depoteröffnungsantrag

Füllen Sie den Depoteröffnungsantrag der Frankfurter Fondsbank vollständig aus und unterzeichnen Sie an den

Markierungen  „Unterschrift Depotinhaber 1“ bzw. „Unterschrift Depotinhaber 2“.

Persönlicher Analysebogen

Durch §31 WpHG sind wir verpflichtet, dieses Dokument von jedem Depotinhaber einzuholen. Da 321finanzcheck keine Beratungsleistung erbringt, genügt das vollständige Ausfüllen von Seite 1 sowie die Angabe der Risikoklasse auf Seite 2. Selbstverständlich müssen beide Seiten von Ihnen unterzeichnet werden.

2. Beratungsverzicht – Ausschluss der Haftung

Mit diesem Dokument bestätigen Sie, dass Sie sachkundig und informiert sind, daher auf eine Beratung verzichten. Füllen Sie dieses Dokument aus und unterzeichnen Sie es an der Markierung.

3. Legitimation – Postident-Verfahren

Das Geldwäschegesetz schreibt vor, dass jeder Depotinhaber eindeutig legitimiert sein muss. 321finanzcheck nutzt dazu das PostIdent-Verfahren der Deutschen Post. Jeder Depotinhaber muss mit dem PostIdent-Coupon und einem Lichtbildausweis (Reisepass oder Personalausweis, KEIN Führerschein) zu einer Poststelle seiner Wahl gehen und sich dort legitimieren lassen.

Checkliste

Eröffnung eines Einzel- oder Gemeinschafts- Fondsdepots bei der Frankfurter Fondsbank.

Prüfen Sie bitte den Inhalt Ihrer Rücksendung auf Vollständigkeit (bitte ankreuzen/abhaken).

Diese Formulare benötigt 321finanzcheck von Ihnen ausgefüllt und unterzeichnet im Original zurück:

- Checkliste
- Depoteröffnungsantrag inklusive:
 - Eröffnungsantrag d. VL-Sparvertrages
 - Überweisungsantrag von VL für den Arbeitgeber
- Persönlicher Analysebogen
- Beratungsverzicht – Haftungsausschluss

Legitimation:

- PostIdent

Weitere Formulare, die zur Depoteröffnung eingereicht werden können:

- Freistellungsauftrag für Kapitalerträge

Falls es sich um ein Minderjährigendepot handelt:

- PostIdent der ges. Vertreter
- Kopie der Geburtsurkunde/Sorgerecht

Investmentfonds-Aufträge

Das FFB-Fondsdepot kann flexibel zum Erwerb und zur Verwahrung von Fondsanteilen genutzt werden. Anlagen in Investmentfonds sollten erst nach Kenntnisnahme der gesetzlichen Verkaufsunterlagen (aktueller vereinfachter/ausführlicher Verkaufsprospekt, Halb-/Jahresbericht) erfolgen. Diese werden kostenlos vom Vermittler zur Verfügung gestellt. Insbesondere können diese Unterlagen auf der Internetseite der Frankfurter Fondsbank unter www.frankfurter-fondsbank.de mit den persönlichen Zugangsdaten eingesehen, ausgedruckt und heruntergeladen werden.

Die von Ihnen gewünschten Investmentfonds-Aufträge können beispielsweise über entsprechende Serviceformulare an die Frankfurter Fondsbank geleitet werden. Der Gegenwert der Anteilerwerbe wird dann von Ihrer Referenzbankverbindung per Lastschrift eingezogen.

Einmalanlagen können aber auch per Überweisung auf das Frankfurter Fondsbank-Sonderkonto Nr. 903 500, BHF-BANK AG (BLZ 500 202 00) erfolgen. Bitte geben Sie im Verwendungszweck unbedingt die Wertpapierkennnummer (WKN) oder ISIN und den Fondsnamen sowie die Depotnummer und den Namen und Anschrift des Depotinhabers/der Depotinhaberin an. **Für jeden Fonds ist eine separate Überweisung zu verwenden.** Wir empfehlen, den Anlagebetrag grundsätzlich per Lastschrift einzuziehen zu lassen.

Anmerkungen zur Depoteröffnung (ggf. vom Vermittler auszufüllen)

Schlussklärung

1. Beratungsfreies Geschäft

Eine Beratung durch die Bank erfolgt nicht; die Bank geht davon aus, dass der Kunde sich vor Erteilung eines Auftrages hat beraten lassen. Auf die Ausführungen zum beratungsfreien Geschäft in Nr. 3.2 der anliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird hingewiesen.

2. Hinweise zu Interessenkonflikten und Orderausführungen

Dem Depoteröffnungsantrag beigefügt finden sich Kundeninformationen über den Umgang mit Interessenkonflikten und die Grundsätze der Orderausführung.

3. Geschäftsbedingungen/Preis- und Leistungsverzeichnis

Für die Geschäftsverbindung mit der Frankfurter Fondsbank gelten die anliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sowie das ebenfalls anliegende Preis- und Leistungsverzeichnis. Daneben gelten für einzelne Geschäftsbeziehungen Sonderbedingungen (z.B. Sonderbedingungen für Vermögenswirksame Leistungen, Sonderbedingungen für die Internet-Nutzung und den elektronischen Postversand).

4. Widerrufsrecht

Auf das am Ende der Allgemeinen Geschäftsbedingungen abgedruckte Widerrufsrecht wird der Kunde hingewiesen.

5. Einlagensicherung

Die Bank gehört dem Einlagensicherungsfonds beim Bundesverband deutscher Banken an. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte den Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

6. Fernabsatz

Auf die beiliegenden „Informationen zu den Bankgeschäften im Wege des Fernabsatzes“ wird der Kunde hingewiesen.

7. Datenweitergabe

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Frankfurter Fondsbank dem Vermittler/Untervermittler sowie dessen Vermittlerzentrale die Daten des Vertrages, die Umsätze und die Depotbestände meines/unseres FFB-Fondsdepots für eine umfassende Beratung über die Weiterentwicklung und Pflege des Depots und die Anlage in Investmentfondsanteilen bei der Frankfurter Fondsbank übermittelt. Dieses Einverständnis kann ich/können wir jederzeit widerrufen.

8. Vereinnahmte und gewährte Vergütungen

Die Frankfurter Fondsbank wird neben den vom Kunden gezahlten Vertriebsprovisionen im Zusammenhang mit der Depotführung und Abwicklung von Aufträgen auf Basis bestehender Vertriebsverträge mit den Investmentgesellschaften zeitanteilige Vergütungen erhalten, solange die Fondsanteile im Depot des Kunden verwahrt werden (laufende Vertriebsprovisionen, Abschlussfolgeprovisionen oder auch haltedauerabhängige Vertriebsprovisionen). Die Höhen der laufenden Vertriebsprovisionen berechnen sich als prozentuale Anteile des jeweiligen Wertes der verwahrten Fondsanteile und variieren je nach Gesellschaft, Anlageschwerpunkt und Art der Fonds. Dem Kunden entstehen hieraus jedoch keine zusätzlichen Kosten, da die laufenden Vertriebsprovisionen aus der den jeweiligen Fonds belasteten Verwaltungsvergütungen von den Investmentgesellschaften an die Bank gezahlt werden. Auf die laufenden Vertriebsprovisionen entfallen in der Regel bis zur Hälfte der Verwaltungsvergütungen.

Die Frankfurter Fondsbank wird neben den vom Kunden gezahlten Vertriebsprovisionen auch aus den ihr zufließenden laufenden Vertriebsprovisionen an den Vermittler/Untervermittler des Kunden bzw. die Vermittlerzentrale, an die dieser angebunden ist, für die Vermittlungs- und Aufklärungstätigkeit laufende Vertriebsprovisionen gewähren. Die weitergeleiteten Vertriebsprovisionen entsprechen maximal den auf den Fondsabrechnungen ausgewiesenen abgerechneten Ausgabeaufschlägen. Die Höhen der weitergereichten laufenden Vertriebsprovisionen ergeben sich aus den von den Investmentgesellschaften an die Frankfurter Fondsbank gezahlten laufenden Vertriebsprovisionen, die ganz oder teilweise weitergegeben werden. Die Provisionen sind bei Aktien- und Dachhedgefonds i.d.R. höher als bei Immobilien- oder Rentenfonds und bei diesen wiederum höher als bei Geldmarktfonds. Über die Provisionszahlungen hinaus gewährt die Bank ihren Vermittlern in begrenztem Umfang geldwerte Vorteile in Form von Sachleistungen (z.B. Schulungen, Fortbildungsveranstaltungen mit Freizeitanteil).

Die Frankfurter Fondsbank und die Vermittler bzw. Vermittlerzentralen sind gesetzlich dazu verpflichtet, die jeweils von Dritter Seite empfangenen Zahlungen bzw. geldwerten Leistungen herauszugeben, soweit nicht der Kunde darauf verzichtet. Im Falle einer Herausgabe wären sie jedoch gezwungen, dem Kunden ein höheres Entgelt in Rechnung zu stellen. **Mit Unterschrift unter diesen Vertrag stimmt der Kunde/stimmen die Kunden abweichend von der gesetzlichen Bestimmung zu, dass die Frankfurter Fondsbank und die Vermittler bzw. Vermittlerzentrale die ihnen jeweils von Dritter Seite zufließenden Zahlungen bzw. geldwerten Leistungen behalten.**

Ort, Datum

X

Unterschrift Depotinhaber 1 (bei Minderjährigen gesetzlicher Vertreter 1) oder vertretungsberechtigte Person 1 bei Firmen

X

Unterschrift Depotinhaber 2 (bei Minderjährigen gesetzlicher Vertreter 2) oder vertretungsberechtigte Person 2 bei Firmen

Bei Minderjährigen ist, sofern kein Kinderausweis ausgestellt ist, eine Kopie der Geburtsurkunde beizufügen. Ferner ist grundsätzlich die Unterschrift beider Elternteile erforderlich; falls ausnahmsweise ein Elternteil der alleinige gesetzliche Vertreter ist, fügen Sie bitte einen Nachweis bei.

Bei Firmen benötigt die Bank stets einen aktuellen Registerauszug (z.B. Handelsregister, Vereinsregister), der nicht älter als 6 Monate ist.

Wir weisen darauf hin, dass der Vermittler/Untervermittler nicht berechtigt ist, sich irgendwelche Vermögenswerte des Kunden, insbesondere Bargeld oder Wertpapiere, aushändigen zu lassen. Der **Vermittler/Untervermittler** bestätigt, dass er im Vorfeld von Anlageentscheidungen durch den/die Depotinhaber für eine anleger- und anlagegerechte Information Sorge tragen wird.

Stempel/Unterschrift der Vermittlerzentrale

6,500

Vermittlerzentrale

Stempel/Unterschrift des Vermittlers

1,0005

Vermittler

Stempel/Unterschrift des Untervermittlers

1,3005

Untervermittler

Allgemeine Geschäftsbedingungen der Frankfurter Fondsbank GmbH

1 Geschäftsgegenstand, Geltungsbereich und Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen

1.1 Gegenstand der Geschäftsbeziehung

Gegenstand der Geschäftsbeziehung ist die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren (in Form von Anteilen an inländischen und ausländischen Investmentfonds, nachfolgend einheitlich „Anteile“ genannt) für andere, sowie die Anschaffung und die Veräußerung der Finanzinstrumente im eigenen Namen für fremde Rechnung (Finanzkommission) sowie sonstige mit den genannten Geschäften verbundene Nebentätigkeiten.

1.2 Geltungsbereich

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten für die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Depotinhaber/den Depotinhabern (nachfolgend „Kunde“ genannt) und der Frankfurter Fondsbank GmbH (nachfolgend „Bank“ genannt).

Daneben gelten Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen, die Abweichungen oder Ergänzungen zu diesen Allgemeinen Geschäftsbedingungen enthalten. Diese werden mit dem Kunden bei der Depotöffnung oder bei der Erteilung eines Auftrags vereinbart.

1.3 Änderungen

Änderungen dieser Geschäftsbedingungen und der Sonderbedingungen werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z. B. das Online-Banking oder den elektronischen Postversand), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen.

2 Bankgeheimnis und Bankauskunft

2.1 Bankgeheimnis

Die Bank ist zur Verschwiegenheit über alle kundenbezogenen Tatsachen verpflichtet, von denen sie Kenntnis erlangt (Bankgeheimnis). Informationen über den Kunden darf die Bank nur weitergeben, wenn gesetzliche Bestimmungen dies gebieten oder der Kunde eingewilligt hat oder die Bank zur Erteilung einer Bankauskunft befugt ist. Die Bank ist berechtigt, sich im Rahmen der Erfüllung ihrer Pflichten dem Kunden gegenüber, insbesondere bei Druck, Kuvertierung und Versand von Kundenunterlagen, externen Dienstleistern zu bedienen. Die Bank wird diese externen Dienstleister zur Einhaltung des Bankgeheimnisses verpflichten.

2.2 Bankauskunft

Eine Bankauskunft enthält allgemein gehaltene Feststellungen und Bemerkungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kunden, seine Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit. Betragsmäßige Angaben über Kontostände, Sparguthaben, Depot- oder sonstige der Bank anvertraute Vermögenswerte werden nicht gemacht.

2.3 Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankauskunft

Die Bank ist befugt, über juristische Personen und im Handelsregister eingetragene Kaufleute Bankauskünfte zu erteilen, sofern sich die Anfrage auf ihre geschäftliche Tätigkeit bezieht. Die Bank erteilt jedoch keine Auskünfte, wenn ihr eine anders lautende Weisung des Kunden vorliegt.

Bankauskünfte über andere Personen, insbesondere über Privatkunden und Vereinigungen, erteilt die Bank nur dann, wenn diese generell oder im Einzelfall ausdrücklich zugestimmt haben.

Eine Bankauskunft wird nur erteilt, wenn der Antragende ein berechtigtes Interesse an der gewünschten Auskunft glaubhaft dargelegt hat und kein Grund zu der Annahme besteht, dass schutzwürdige Belange des Kunden der Auskunftserteilung entgegenstehen.

2.4 Empfänger von Bankauskünften

Bankauskünfte erteilt die Bank nur eigenen Kunden sowie anderen Kreditinstituten für deren Zwecke oder die ihrer Kunden.

3 Depotführung und Orderbearbeitung

3.1 Depotöffnung

Der Kunde gibt gegenüber der Bank einen bindenden Auftrag zur Eröffnung eines Depots ab, indem er den vollständig und lesbar ausgefüllten sowie unterzeichneten Depotöffnungsantrag an die Bank übermitteln lässt und dieser der Bank zugeht.

Der Depotvertrag kommt zustande, wenn die Bank sich nach der erforderlichen Legitimationsprüfung dem Kunden die Depotöffnung bestätigt und ihm die Depotnummer mitteilt. Die Bank behält sich vor, die Eröffnung eines Depots bei unvollständigen und/oder nicht plausiblen Angaben abzulehnen und den Eröffnungsantrag zurückzusenden.

Weiterhin behält die Bank sich vor, die Eröffnung eines Depots abzulehnen und den Antrag zurückzusenden, ohne hierfür nähere Gründe anzugeben.

3.2 Beratungsfreies Geschäft

Die Bank führt sämtliche Aufträge des Kunden zum Kauf und Verkauf von Anteilen lediglich aus. Die Bank prüft daher nicht, ob die vom Kunden eingereichten Aufträge für ihn angemessen bzw. geeignet sind. Das heißt, dass die Bank keine Prüfung vornimmt, ob der Kunde über die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügt, um die Risiken im Zusammenhang mit den erworbenen Anteilen angemessen beurteilen zu können.

Es wird seitens der Bank gegenüber dem Kunden keinerlei Beratung beim Kauf, Verkauf oder Tausch von Anteilen durchgeführt. Die Bank geht davon aus, dass der Kunde seine Aufträge zum Kauf, Verkauf oder Tausch von Anteilen nur nach einer individuellen und sachgerechten Beratung erteilt.

Ein Vermittler der Bank wird hinsichtlich der Beratung ausschließlich im eigenen Namen tätig und ist hinsichtlich der Beratung auch dann kein Erfüllungsgehilfe der Bank, wenn er mit dieser einen Vermittlungsvertrag abgeschlossen hat.

3.3 Orderweiterleitung

Aufträge des Kunden über Finanzkommissionsgeschäfte in Investmentanteilen, die an einem Bankgeschäftstag in Frankfurt am Main bei der Bank eingehen, werden unverzüglich, spätestens jedoch am auf den Eingangstag folgenden Bankgeschäftstag in Frankfurt am Main bei der Investmentgesellschaft oder der sonstigen ausgebenden Stelle platziert.

Aufträge, die an einem Tag bei der Bank eingehen, der in Frankfurt am Main kein Bankgeschäftstag ist, werden so behandelt, als ob sie an dem auf den Eingangstag folgenden Bankgeschäftstag in Frankfurt am Main bei der Bank eingegangen wären. Kauf- und Verkauforders können, bevor sie ausgeführt werden, zusammengefasst werden (Netting).

3.4 Preise des Ausführungsgeschäfts

Die Bank erwirbt die Fondsanteile von Investmentgesellschaften in der Regel zum Nettoinventarwert (NAV) und stellt dem Kunden zusätzlich eine mit diesem vereinbarte Vertriebsprovision in Form des Ausgabeaufschlages in Rechnung. Verkaufsaufträge werden in der Regel mit dem von der Investmentgesellschaft festgestellten Rücknahmepreis abgerechnet. Soweit ausnahmsweise andere Preise gelten, wird der Kunde zuvor über seinen Vermittler darauf hingewiesen.

3.5 Vereinnahmte und gewährte Vergütungen

Die Frankfurter Fondsbank wird neben den vom Kunden gezahlten Vertriebsprovisionen im Zusammenhang mit der Depotführung und Abwicklung von Aufträgen auf Basis bestehender Vertriebsverträge mit den Investmentgesellschaften zeitanteilige Vergütungen erhalten, solange die Fondsanteile im Depot des Kunden verwahrt werden (laufende Vertriebsprovisionen, Abschlussfolgeprovisionen oder auch haltedauerabhängige Vertriebsprovisionen). Die Höhen der laufenden Vertriebsprovisionen berechnen sich als prozentuale Anteile des jeweiligen Wertes der verwahrten Fondsanteile und variieren je nach Gesellschaft, Anlageschwerpunkt und Art der Fonds. Dem Kunden entstehen hieraus jedoch keine zusätzlichen Kosten, da die laufenden Vertriebsprovisionen aus der den jeweiligen Fonds belasteten Verwaltungsvergütungen von den Investmentgesellschaften an die Bank gezahlt werden. Auf die laufenden Vertriebsprovisionen entfallen in der Regel bis zur Hälfte der Verwaltungsvergütungen.

Die Frankfurter Fondsbank wird neben den vom Kunden gezahlten Vertriebsprovisionen auch aus den ihr zufließenden laufenden Vertriebsprovisionen an den Vermittler/Untervermittler des Kunden bzw. die Vermittlerzentrale, an die dieser angebunden ist, für die Vermittlungs- und Aufklärungstätigkeit laufende Vertriebsprovisionen gewähren. Die weitergeleiteten Vertriebsprovisionen entsprechen maximal den auf den Fondsabrechnungen ausgewiesenen abgerechneten Ausgabeaufschlägen. Die Höhen der weitergeleiteten laufenden Vertriebsprovisionen ergeben sich aus den von den Investmentgesellschaften an die Frankfurter Fondsbank gezahlten laufenden Vertriebsprovisionen, die ganz oder teilweise weitergegeben werden. Die Provisionen sind bei Aktien- und Dachhedgefonds i.d.R. höher als bei Immobilien- oder Rentenfonds und bei diesen wiederum höher als bei Geldmarktfonds. Über die Provisionszahlungen hinaus gewährt die Bank ihren Vermittlern in begrenztem Umfang geldwerte Vorteile in Form von Sachleistungen (z. B. Schulungen, Fortbildungsveranstaltungen mit Freizeiteanteil).

3.6 Scheckeinreichungen und Lastschriften

Schreibt die Bank den Gegenwert von Schecks und Lastschriften schon vor ihrer Einlösung gut, geschieht dies unter dem Vorbehalt ihrer Einlösung. Werden Schecks oder Lastschriften nicht eingelöst oder erhält die Bank den Betrag aus dem Einzugsauftrag nicht, macht die Bank die Vorbehaltsgutschrift rückgängig und damit verbundene Käufe werden rückabgewickelt. Eventuelle Kursverluste gehen zu Lasten des Anlegers, soweit er nicht wirksam einen Vertrag widerrufen hat.

3.7 Ein- und Auszahlungen in Fremdwährung

Die Bank ist berechtigt, Einzahlungen des Kunden in Fremdwährung zunächst in Euro umzurechnen. Sofern der Kunde bei Verkauf von auf Fremdwährung lautenden Anteilen eine Auszahlung bzw. Wiederanlage in Fremdwährung wünscht, ist die Bank ebenfalls berechtigt, den Auszahlungsbetrag zunächst zum jeweils gültigen Umrechnungskurs in Euro umzurechnen und dann zu bearbeiten.

4 Erfüllung der Wertpapiergeschäfte

4.1 Anteile/Anteilsbruchteile

Die von der Bank für den Kunden erworbenen Anteile/Anteilsbruchteile werden von der Bank für den Kunden verwahrt. Soweit Einzahlungsbeträge des Kunden zum Erwerb eines vollen Anteils nicht ausreichen, schreibt die Bank den entsprechenden Anteilsbruchteil (mindestens drei Dezimalstellen nach dem Komma) gut.

4.2 Verwahrung

Die Anteile des Kunden werden in der Regel in Girosammelverwahrung verwahrt. Beim Erwerb von Investmentanteilen verschafft die Bank dem Kunden, sofern die Investmentanteile bei einer deutschen Wertpapiersammelbank zur Sammelverwahrung zugelassen sind, Miteigentum an diesem Sammelbestand. Daneben besteht die Möglichkeit, dass die Bank die Anteile bei anderen Zwischenverwahrern oder ausländischen Lagerstellen verwahrt und dort treuhänderisch für ihren Kunden hält. Für diese Anteile erteilt die Bank dem Kunden eine Gutschrift in Wertpapierrechnung (WR-Gutschrift) unter Angabe des ausländischen Lagerlandes. Sofern die Bank Dritte in die Verwahrung einbezieht, beschränkt sich die Haftung der Bank auf eine sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

5 Abrechnungen/Depotauszüge/Jahressteuerbescheinigung

5.1 Abrechnungen/Depotauszüge

Über jeden Anteilskauf und -verkauf oder sonstige Buchungen in dem Depot erstellt die Bank vorbehaltlich anderer vertraglicher Regelungen eine Fondsabrechnung (Tagesdepotauszug). Ferner erhält der Kunde einmal jährlich einen Jahresdepotauszug. Im Falle der Ausführung von regelmäßigen Aufträgen (z.B. Sparverträgen) behält sich die Bank vor, an die Kunden gem. § 8 Abs. 5 der Wertpapierdienstleistungs-, Verhaltens- und Organisationsverordnung mindestens halbjährlich eine Fondsabrechnung (Sammelauszug) zu versenden, aus der alle im jeweiligen Halbjahreszeitraum getätigten Transaktionen ersichtlich sind.

5.2 Jahressteuerbescheinigung

Die Bank wird an Stelle von Einzelsteuerbescheinigungen für jedes Kalenderjahr eine Jahressteuerbescheinigung erteilen.

5.3 Storno- und Berichtigungsbuchungen

Die Bank wird Fehlbuchungen bis zum nächsten Jahresdepotauszug jederzeit rückgängig machen, sofern ihr ein Rückübertragungsanspruch gegen den Kunden zusteht (Stornobuchung); der Kunde kann in diesem Fall nicht einwenden, dass er bereits über eine fehlerhafte Gutschrift verfügt hat. Stellt die Bank Fehlbuchungen erst nach dem Jahresdepotauszug fest und steht ihr ein Rückübertragungsanspruch gegen den Kunden zu, wird sie in Höhe ihres Anspruchs das Depot des Kunden belasten (Berichtigungsbuchung). Über Storno- und Berichtigungsbuchungen wird die Bank den Kunden unverzüglich unterrichten. Erhebt der Kunde Einwendungen gegen die Berichtigungsbuchung, so wird die Bank den Betrag dem Depot wieder gutschreiben und ihren Rückzahlungsanspruch gesondert geltend machen.

6 Wiederanlage von Ausschüttungen

Die Ausschüttungen der Investmentfonds werden grundsätzlich, gegebenenfalls unter Abzug von einzubehaltenden Steuern, wie Einzahlungen des Kunden behandelt und automatisch wieder in Anteilen des betreffenden Fonds angelegt. Die Wiederanlage erfolgt, sofern die Bank dazu berechtigt ist, ohne Ausgabeaufschlag. Die Bank kann jederzeit ohne vorherige Ankündigung teilweise oder vollständig auch auf Barausschüttung umstellen.

7 Gemeinschaftsdepots

Sind mehrere Kunden Depotinhaber, so gilt bis auf weiteres die im Rahmen der Depotöffnung getroffene Regelung. Ist keine ausdrückliche Regelung getroffen, so kann jeder Depotinhaber alleine mit Erfüllungswirkung für den anderen Depotinhaber über das gemeinschaftliche Depot verfügen (Oder-Depot). Für Änderungen des Vertragsrahmens (z.B. Depotauflösung, Aufnahme weiterer Depotinhaber oder die Erteilung von Vollmachten) bedarf es jedoch der Zustimmung aller Depotinhaber (zur Ausnahme für den Todesfall siehe nachfolgend Ziffer 9). Die Verpfändung des Depots kann ebenfalls nur durch eine gemeinschaftliche Verfügung aller Depotinhaber erwirkt werden. Jeder Depotinhaber kann die Einzelverfügungsberechtigung eines anderen Depotinhabers für die Zukunft der Bank gegenüber widerrufen. Über den Widerruf ist die Bank unverzüglich und aus Beweisgründen möglichst schriftlich zu unterrichten. Sodann können die Depotinhaber nur noch gemeinsam über das Depot verfügen. Die Depotinhaber haften der Bank gegenüber für sämtliche Verpflichtungen aus dem Gemeinschaftsdepot und aus Finanzkommissionsaufträgen als Gesamtschuldner. Die Depotabrechnungen und die sonstigen Mitteilungen im Rahmen der Geschäftsverbindung werden dem im Depotöffnungsantrag zuerst bezeichneten Depotinhaber zugesandt, es sei denn, dass mit gesonderter schriftlicher Erklärung – kostenpflichtig – verlangt wird, jedem Depotinhaber alle Mitteilungen zuzusenden. Steuerbescheide können nur einfach versandt werden.

8 Minderjährigendepots

Depots für Minderjährige werden nur als Einzeldepots geführt. Die gesetzlichen Vertreter vertreten den Minderjährigen entsprechend der im Depotöffnungsantrag getroffenen Regelung. Widerruft ein gesetzlicher Vertreter das alleinige Vertretungsrecht eines anderen gesetzlichen Vertreters, so können ab dem Widerruf alle gesetzlichen Vertreter nur noch gemeinsam verfügen. Über den Widerruf ist die Bank unverzüglich und aus Beweisgründen möglichst schriftlich zu unterrichten. Bei Minderjährigendepots werden alle Mitteilungen im Rahmen der Geschäftsverbindung von der Bank an den Minderjährigen mit dem Zusatz „zu Händen der gesetzlichen Vertreter“ geschickt.

9 Verfügungsberechtigung nach dem Tod des Kunden

Nach dem Tod des Kunden kann die Bank zur Klärung der Verfügungsberechtigung die Vorlage eines Erbscheins, eines Testamentsvollstreckerzeugnisses oder weiterer hierfür notwendiger Unterlagen verlangen; fremdsprachige Unterlagen sind auf Verlangen der Bank in deutscher Übersetzung vorzulegen. Die Bank kann auf die Vorlage eines Erbscheins oder eines Testamentsvollstreckerzeugnisses verzichten, wenn ihr eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift der letztwilligen Verfügung (Testament, Erbvertrag) nebst zugehöriger Eröffnungsniederschrift vorgelegt wird. Die Bank darf denjenigen, der darin als Erbe oder Testamentsvollstrecker bezeichnet ist, als Berechtigten ansehen, ihn verfügen lassen und insbesondere mit befreiender Wirkung Zahlungen an ihn leisten. Dies gilt nicht, wenn der Bank bekannt ist, dass der dort Genannte (z.B. nach Anfechtung oder wegen Nichtigkeit des Testaments) nicht verfügungsberechtigt ist, oder wenn ihr dies infolge Fahrlässigkeit nicht bekannt geworden ist.

Bei Gemeinschaftsdepots mit Einzelverfügungsberechtigung (Oder-Depots) bleiben nach dem Tod eines Depotinhabers die Befugnisse des/der anderen Depotinhaber(s) unverändert bestehen, jedoch kann/können der/die überlebende(n) Depotinhaber ohne Mitwirkung der Erben das Depot auflösen. Das Recht zum Widerruf der Einzelverfügungsberechtigung steht auch jedem Erben eines Depotinhabers allein zu. Widerruft ein Miterbe, bedarf jede Verfügung über das Depot seiner Mitwirkung. Widerrufen sämtliche Miterben die Einzelverfügungsberechtigung eines Depotinhabers, so können sämtliche Depotinhaber nur noch gemeinschaftlich mit sämtlichen Miterben über das Depot verfügen.

Bei Gemeinschaftsdepots mit gemeinsamer Verfügungsberechtigung aller Depotinhaber (Und-Depots) kann/können nach dem Tod eines Depotinhabers der/die anderen Depotinhaber nur gemeinsam mit den Erben Verfügungen über das Depot vornehmen und das Depot auflösen.

10 Mitwirkungspflichten des Kunden

10.1 Prüfung und Einwendungen bei Mitteilungen der Bank

Der Kunde hat Wertpapierabrechnungen, Depot- und Ertragsaufstellungen, sonstige Abrechnungen, die Ausführung von Aufträgen sowie Auszüge und sonstige Anzeigen (z.B. Jahressteuerbescheinigung, Wertpapierabrechnungen, Kontoauszüge) auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit unverzüglich zu überprüfen und etwaige Einwendungen unverzüglich zu erheben.

10.2 Benachrichtigung der Bank bei Ausbleiben von Mitteilungen

Falls Jahresdepotauszüge dem Kunden bis Ende Februar des jeweiligen Folgejahres nicht zugehen, muss dieser die Bank davon unverzüglich unterrichten. Die Benachrichtigungspflicht besteht ferner, wenn dem Kunden andere erwartete Mitteilungen, insbesondere Depotauszüge nach der Ausführung von Aufträgen, nicht zugehen.

10.3 Klarheit von Aufträgen

Aufträge jeder Art müssen ihren Inhalt zweifelsfrei erkennen lassen. Nicht eindeutig formulierte Aufträge können Rückfragen zur Folge haben, die zu Verzögerungen führen können. Der Kunde hat vor allem bei Einzahlungen, Aufträgen und Verfügungen auf die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Angaben zu achten. Änderungen, Bestätigungen oder Wiederholungen von Aufträgen müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein. Bei Ordererteilung ist für eine eindeutige Identifikation der gewünschten Investmentfonds die ISIN bzw. die WKN relevant.

10.4 Änderung von Name, Anschrift oder Vertretungsmacht

Zur ordnungsgemäßen Abwicklung des Geschäftsverkehrs ist es erforderlich, dass der Kunde der Bank Änderungen seines Namens und seiner Anschrift sowie das Erlöschen oder die Änderung einer gegenüber der Bank erteilten Vertretungsmacht (insbesondere einer Vollmacht) unverzüglich mitteilt. Diese Mitteilungspflicht besteht auch dann, wenn die Vertretungsmacht in ein öffentliches Register (z.B. in das Handelsregister) eingetragen ist und ihr Erlöschen oder ihre Änderung in dieses Register eingetragen wird. Darüber hinaus können sich weitergehende gesetzliche Mitteilungspflichten, insbesondere aus dem Geldwäschegesetz, ergeben.

11 Haftung der Bank und Mitverschulden des Kunden

11.1 Haftungsgrundsätze

Die Bank haftet bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen für jedes Verschulden ihrer Mitarbeiter und der Personen, die sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht; Ziffer 4.2 Satz 5 bleibt hiervon unberührt. Soweit die Sonderbedingungen für einzelne Geschäftsbeziehungen oder sonstige Vereinbarungen etwas Abweichendes regeln, gehen diese vor. Hat der Kunde durch ein schuldhaftes Verhalten (z.B. durch Verletzung der in Ziffer 10 genannten Mitwirkungspflichten) zu der Entstehung eines Schadens beigetragen, bestimmt sich nach den Grundsätzen des Mitverschuldens, in welchem Umfang Bank und Kunde den Schaden zu tragen haben.

11.2 Weitergeleitete Aufträge

Wenn ein Auftrag seinem Inhalt nach typischerweise in der Form ausgeführt wird, dass die Bank einen Dritten mit der weiteren Erledigung betraut, erfüllt die Bank den Auftrag dadurch, dass sie ihn im eigenen Namen an den Dritten weiterleitet (weitergeleiteter Auftrag). In diesen Fällen beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl und Unterweisung des Dritten.

11.3 Störung des Betriebes

Die Bank haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt, Aufruhr, Kriegs- und Naturereignisse oder durch sonstige von ihr nicht zu vertretende Vorkommnisse (z.B. Streik, Aussperrung, Verkehrsstörung, Verfügungen von hoher Hand im In- oder Ausland) eintreten.

12 Sicherungsrecht der Bank

Der Kunde gewährt der Bank ein Pfandrecht an allen gegenwärtig und zukünftig in dem Depot des Kunden verwahrten Anteilen. Das Pfandrecht sichert alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche der Bank gegen den Kunden aus der bankmäßigen Geschäftsverbindung. Die Bank darf die diesem Pfandrecht unterliegenden Anteile nur bei einem berechtigten Sicherungsinteresse zurückhalten. Die Bank ist berechtigt, unter Beachtung der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend die Pfandverwertung fällige Ansprüche durch den Verkauf von im Depot des Kunden verbuchten Anteilen bzw. Bruchteilen davon in entsprechender Höhe zu befriedigen.

13 Entgelte und Auslagen

13.1 Entgelte

Für die Depotführung und sonstige Leistungen im Rahmen der Depotführung kann die Bank dem Kunden ein Entgelt berechnen. Die jeweilige Höhe und Fälligkeit der Entgelte ist im Preis- und Leistungsverzeichnis der Bank enthalten, das dem Depotöffnungsantrag beiliegend und in der jeweils geltenden Fassung auf der Internetseite der Bank unter www.frankfurter-fondsbank.de verfügbar ist und auf Anfrage zugesandt wird. Die Bank behält sich, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegen stehen, eine jederzeitige Anpassung der Entgelte nach billigem Ermessen (§ 315 Bürgerliches Gesetzbuch, nachfolgend BGB genannt) vor. Für die Vergütung der im Preis- und Leistungsverzeichnis nicht aufgeführten Leistungen, die im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, gelten, soweit keine andere Vereinbarung getroffen wurde, die gesetzlichen Vorschriften. Außerhalb des Privatkundengeschäfts bestimmt die Höhe von Zinsen und Entgelten nach billigem Ermessen, sofern keine andere Vereinbarung getroffen wurde und gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen, (§ 315 BGB).

13.2 Kündigungsrecht des Kunden bei Änderung von Entgelten

Änderungen von Entgelten für solche Leistungen, die vom Kunden im Rahmen der Geschäftsverbindung typischerweise dauerhaft in Anspruch genommen werden (z.B. Depotführungsentgelte) werden dem Kunden spätestens zwei Monate vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt ihres Wirksamwerdens in Textform angeboten. Hat der Kunde mit der Bank im Rahmen der Geschäftsbeziehung einen elektronischen Kommunikationsweg vereinbart (z.B. das Online-Banking oder den elektronischen Postversand), können die Änderungen auch auf diesem Wege angeboten werden. Die Zustimmung des Kunden gilt als erteilt, wenn er seine Ablehnung nicht vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderung angezeigt hat. Auf diese Genehmigungswirkung wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Werden dem Kunden die Änderungen angeboten, kann er den von der Änderung betroffenen Vertrag vor dem vorgeschlagenen Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen auch fristlos und kostenfrei kündigen. Auf dieses Kündigungsrecht wird ihn die Bank in ihrem Angebot besonders hinweisen. Kündigt der Kunde, wird das geänderte Entgelt für die gekündigte Geschäftsbeziehung nicht zugrunde gelegt.

13.3 Auslagen

Die Bank ist berechtigt, dem Kunden Auslagen in Rechnung zu stellen, die anfallen, wenn die Bank in seinem Auftrag oder seinem mutmaßlichen Interesse tätig wird (insbesondere für Ferngespräche, Porti) oder wenn Sicherheiten bestellt, verwaltet, freigegeben oder verwertet werden (insbesondere Notarkosten, Lagergelder, Kosten der Bewachung von Sicherungsgut).

14 Beendigung der Geschäftsverbindung

14.1 Kündigungsrecht des Kunden

Der Kunde kann die Geschäftsverbindung, soweit nicht eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

14.2 Kündigungsrecht der Bank

Die Bank kann die Geschäftsverbindung, soweit nicht eine abweichende Kündigungsregelung vereinbart ist, jederzeit unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens zwei Monaten kündigen. Die Bank wird bei der Ausübung dieses Kündigungsrechts auf die berechtigten Belange des Kunden Rücksicht nehmen. Eine fristlose Kündigung der gesamten Geschäftsverbindung oder einzelner Geschäftsbeziehungen ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, der der Bank, auch unter angemessener Berücksichtigung der berechtigten Belange des Kunden, deren Fortsetzung unzumutbar macht.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor,

– wenn der Kunde unrichtige Angaben über seine Vermögensverhältnisse gemacht hat, die für die Entscheidung der Bank über eine Kreditgewährung oder über andere mit Risiken für die Bank verbundene Geschäfte von erheblicher Bedeutung waren, oder

– wenn eine wesentliche Verschlechterung der Vermögensverhältnisse des Kunden oder der Werthaltigkeit einer Sicherheit eintritt oder einzutreten droht und dadurch die Rückzahlung des Kredits oder die Erfüllung einer sonstigen Verbindlichkeit gegenüber der Bank – auch unter Verwertung einer hierfür bestehenden Sicherheit – gefährdet ist, oder

– wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Bestellung oder Verstärkung von Sicherheiten nicht innerhalb der von der Bank gesetzten angemessenen Frist nachkommt.

Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer vertraglichen Pflicht, ist die Kündigung erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten angemessenen Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig, es sei denn, dies ist wegen der Besonderheiten des Einzelfalles (§ 323 Absätze 2 und 3 BGB) entbehrlich.

14.3 Folgen einer Kündigung

Bei Beendigung der Geschäftsverbindung werden die von der Bank verwahrten Anteile zur Übertragung auf ein anderes Depot bzw. zur Auslieferung bereitgehalten oder auf Wunsch des Kunden zum Rücknahmepreis veräußert und der Gegenwert in Euro an den Kunden ausgezahlt. Dies gilt in gleicher Weise für Anteile aus Fonds, die in fremder Währung notieren.

15 Einlagensicherungsfonds

15.1 Schutzzumfang

Die Bank ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Der Einlagensicherungsfonds sichert alle Verbindlichkeiten, die in der Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ auszuweisen sind. Hierzu zählen Sicht-, Termin- und Spareinlagen einschließlich der auf den Namen lautenden Sparbriefe. Die Sicherungsgrenze je Gläubiger beträgt 30% des für die Einlagensicherung jeweils maßgeblichen haftenden Eigenkapitals der Bank. Diese Sicherungsgrenze wird dem Kunden von der Bank auf Verlangen bekannt gegeben. Sie kann auch auf der Internetseite der Bank unter www.frankfurter-fondsbank.de abgefragt werden.

15.2 Ausnahmen vom Einlegerschutz

Nicht geschützt sind Forderungen, über die die Bank Inhaberpapiere ausgestellt hat, wie z.B. Inhaberschuldverschreibungen und Inhabereinlagenzertifikate, sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

15.3 Ergänzende Geltung des Statuts des Einlagensicherungsfonds

Wegen weiterer Einzelheiten des Sicherungsumfanges wird auf § 6 des Statuts der Einlagensicherungsfonds verwiesen, das auf Verlangen zur Verfügung gestellt wird.

15.4 Forderungsübergang

Soweit der Einlagensicherungsfonds oder ein von ihm Beauftragter Zahlungen an einen Kunden leistet, gehen dessen Forderungen gegen die Bank in entsprechender Höhe mit allen Nebenrechten Zug um Zug auf den Einlagensicherungsfonds über.

15.5 Auskunftserteilung

Die Bank ist befugt, dem Einlagensicherungsfonds oder einem von ihm Beauftragten alle in diesem Zusammenhang erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

16 Allgemeines

16.1 Zuständige Aufsichtsbehörde:

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn
und Lurgiallee 12, 60439 Frankfurt am Main
(Internet: www.bafin.de)

16.2 Sprache und Kommunikationswege

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation zwischen Kunde und Bank ist Deutsch.

Die Kommunikation kann je nach Art der Mitteilung schriftlich, telefonisch und/oder per elektronischer Kommunikation (z.B. E-Mail) erfolgen. Aufträge zum Kauf- oder Verkauf von Anteilen können nicht per E-Mail erteilt werden.

17 Maßgebliches Recht und Gerichtsstand

17.1 Geltung deutschen Rechts

Für die Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Bank gilt deutsches Recht.

17.2 Gerichtsstand für Inlandskunden bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden

Ist der Kunde ein Kaufmann und ist die streitige Geschäftsbeziehung dem Betrieb seines Handelsgewerbes zuzurechnen, so kann die Bank diesen Kunden an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht oder bei einem anderen zuständigen Gericht verklagen; dasselbe gilt für eine juristische Person des öffentlichen Rechts und für öffentlich-rechtliche Sondervermögen. Die Bank selbst kann von diesen Kunden nur an dem für die kontoführende Stelle zuständigen Gericht verklagt werden.

17.3 Gerichtsstand für Auslandskunden bei kaufmännischen und öffentlich-rechtlichen Kunden

Die Gerichtsstandsvereinbarung gilt auch für Kunden, die im Ausland eine vergleichbare gewerbliche Tätigkeit ausüben, sowie für ausländische Institutionen, die mit inländischen juristischen Personen des öffentlichen Rechts oder mit einem inländischen öffentlich-rechtlichen Sondervermögen vergleichbar sind.

18 Außergerichtliche Streitschlichtung

Für die Beilegung von Streitigkeiten mit der Bank besteht für Verbraucher die Möglichkeit, den Ombudsmann der privaten Banken anzurufen. Betrifft der Beschwerdegegenstand eine Streitigkeit aus dem Anwendungsbereich des Zahlungsdiensterechts (§§ 675c bis 676c BGB), können auch Kunden, die nicht Verbraucher sind, den Ombudsmann der privaten Banken anrufen. Näheres regelt die „Verfahrensordnung für die Schlichtung von Kundenbeschwerden im deutschen Bankgewerbe“, die auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird oder im Internet unter www.bankenverband.de abrufbar ist. Die Beschwerde ist schriftlich an die Kundenbeschwerdestelle beim Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 02 07, 10062 Berlin, zu richten.

19 Vertragsänderungen und teilweise Unwirksamkeit

Änderungen dieses Vertrages sowie der Verzicht auf Rechte aus diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis.

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dieses Vertrages.

Widerrufsrecht:

Wenn der Kauf von Anteilen aufgrund mündlicher Verhandlungen außerhalb der ständigen Geschäftsräume desjenigen, der die Anteile oder den Verkauf der Anteile vermittelt hat, zustande kommt, ohne dass der Verkäufer oder Vermittler zu den Verhandlungen aufgefordert worden ist, so ist der Käufer nach § 126 InvG berechtigt, seine Kauferklärung ohne Angaben von Gründen zu widerrufen. Der Widerruf hat innerhalb einer Frist von zwei Wochen schriftlich gegenüber der Gesellschaft (Frankfurter Fondsbank GmbH, Postfach 11 06 63, 60041 Frankfurt am Main oder Neue Mainzer Straße 80, 60311 Frankfurt am Main) zu erfolgen. Der Lauf der Frist beginnt erst, wenn die Durchschrift des Antrags auf Vertragsabschluss dem

Käufer ausgehändigt oder ihm eine Kaufabrechnung übersandt worden ist. Das Widerrufsrecht besteht nicht, wenn ein Gewerbetreibender die Anteile für sein Betriebsvermögen erworben hat. Hat der Käufer vor dem Widerruf bereits Zahlungen geleistet, so sind ihm von der Gesellschaft gegen Rückgabe der erworbenen Anteile der Wert der bezahlten Anteile am Tage nach dem Eingang der Widerrufserklärung und die bezahlten Kosten zu erstatten. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen müssen innerhalb von 30 Tagen erfüllt werden. Die Frist beginnt für den Kunden mit der Absendung der Widerrufserklärung und für die Gesellschaft mit deren Empfang.

Sonderbedingungen für die Internet-Nutzung und den elektronischen Postversand der Frankfurter Fondsbank GmbH

1. Begriffsbestimmungen und Leistungsangebot

- (1) Unter „Kunde“ ist/ sind der/ die Inhaber des Kontos/ des Depots sowie die jeweils bevollmächtigten Personen zu verstehen. Konto und Depot werden im Folgenden einheitlich als „Depot“ bezeichnet.
- (2) Der Kunde hat die Möglichkeit, nach Freischaltung mittels eines Zugriffs über das Internet Verfügungen über sein Depot in dem von der Frankfurter Fondsbank GmbH (nachfolgend „Bank“ genannt) auf der Internet-Plattform angebotenen Umfang („Internet-Angebot“) vorzunehmen sowie Umsatzinformationen einzusehen.
- (3) Im Online-Posteingang der Internet-Anwendung stehen Standardschriftstücke, die von der Bank im Zusammenhang mit der Führung des Depots erstellt werden, ausschließlich elektronisch zur Verfügung (s. Punkt 14).
- (4) Depots, die als Gemeinschaftsdepots geführt werden, können aus technischen Gründen ausschließlich mit Einzelverfügungsberechtigung („Oder-Depots“) online genutzt werden. Im Falle von Minderjährigendepots setzt die Internet-Nutzung ebenfalls die Einzelverfügungsberechtigung der gesetzlichen Vertreter voraus.

2. Voraussetzungen zur Nutzung des Internet-Angebots, Personalisierte Sicherheitsmerkmale

Zur Nutzung des Internet-Angebots (Abwicklung von Bankgeschäften, Abrufen von Informationen) erhält jeder Kunde von der Bank nach Freischaltung eine Benutzerkennung, eine persönliche Identifikationsnummer (PIN) sowie eine Liste mit einmal verwendbaren Transaktionsnummern (TAN) jeweils mit gesonderter Post zugeschickt („Personalisierte Sicherheitsmerkmale“), um sich als berechtigter Kunde auszuweisen.

3. Technischer Zugang

Der Kunde ist verpflichtet, die technische Verbindung zum Internet-Angebot der Bank nur über die von der Bank gesondert mitgeteilten Internet-Zugangskanäle herzustellen. Sollten sich die technischen Standards im Internet oder bei der Bank verändern, wird der Kunde von der Bank hierüber informiert.

4. Legitimation per Benutzerkennung und PIN/TAN

Der Kunde erhält Zugang zum Internet-Angebot, wenn dieser seine Benutzerkennung und seine PIN übermittelt hat, die Prüfung dieser Daten bei der Bank eine Zugangsbeurteilung des Kunden ergeben hat und keine Sperre des Zugangs vorliegt. Für bestimmte Transaktionen (z. B. Eingabe von Kaufordern, PIN-Änderung etc.) ist darüber hinaus die Eingabe einer TAN erforderlich. Die Freigabe der TAN ist maßgebend für die abschließende Übermittlung an die Bank. Die Bank bestätigt den Eingang des Auftrags elektronisch in der Internet-Anwendung. Jede TAN kann nur einmal verwendet werden. Sie wird nach Verwendung ungültig.

5. Änderung der PIN und Erhalt neuer TAN

- (1) Der Kunde ist berechtigt, aus Sicherheitsgründen seine PIN zu ändern. Die Änderung der PIN ist jederzeit möglich und muss mit Eingabe einer TAN bestätigt werden.
- (2) Sobald der Kunde nur noch im Besitz von zehn gültigen TAN ist, wird ihm von der Bank unaufgefordert eine neue TAN-Liste per Post zugeschickt. Die neue TAN-Liste kann nur durch Eingabe einer TAN (aus der neuen Liste) aktiviert werden.

6. Bearbeitung von Internet-Aufträgen/Verfügbarkeit

- (1) Alle Aufträge des Kunden werden im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufs von der Bank bearbeitet. Die Bank strebt an, den Zugriff auf das Internet-Angebot zeitlich umfassend verfügbar zu machen. Jedoch kann aus technischen oder betrieblichen Gründen, die nicht von der Bank zu vertreten sind (z. B. höhere Gewalt, Störung der Telekommunikations- oder Netzverbindungen), die Verfügbarkeit zeitweilig nicht gegeben sein. Zeitweilige Verfügbarkeitsbeschränkungen sind ferner möglich für die Durchführung systembedingter Wartungs- oder Instandsetzungsarbeiten, die für einen ungestörten Betriebsablauf des Internet-Angebots im Interesse des Kunden erforderlich sind.
- (2) Die Bank wird den Auftrag ausführen, wenn folgende Ausführungsbedingungen erfüllt sind:
 - Der Kunde hat sich durch Eingabe seiner Benutzerkennung und PIN legitimiert.
 - Alle für den Auftrag notwendigen Daten wurden durch den Kunden eingegeben und systemseitig auf Formatvorgaben geprüft.
- (3) Wurden die unter Absatz 2 genannten Ausführungsbedingungen nicht erfüllt, wird die Bank den Auftrag nicht ausführen und den Kunden mit entsprechenden Hinweistexten (systemseitige Fehlermeldungen) über die Gründe der Nichtausführung informieren bzw. Möglichkeiten zur Fehlerbehebung anbieten.

7. Widerruf oder Änderung von Aufträgen

Der Widerruf oder die Änderung von Aufträgen kann nur außerhalb des Internets auf konventionellen Kommunikationswegen (Post, Telefax u. Ä.) erfolgen. Die Bank kann einen Rückruf oder eine Änderung allerdings nur beachten, wenn ihr diese Nachricht so rechtzeitig zugeht, dass ihre Berücksichtigung im Rahmen des ordnungsgemäßen Arbeitsablaufs möglich ist.

8. Kundeninformation

Der Kunde hat die Möglichkeit, jederzeit über seinen Internet-Zugang offene Dispositionen sowie abgeschlossene Transaktionen für sein Depot einzusehen. Diese beinhalten sowohl Online-Aufträge als auch schriftlich in Auftrag gegebene Transaktionen.

9. Sorgfalts- und Prüfungspflichten des Kunden

- (1) Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass keine andere Person Kenntnis von der PIN und den TAN erlangt. Jede Person, die die PIN und – falls erforderlich – eine TAN kennt, hat die Möglichkeit, das Internet-Angebot zu nutzen. Sie kann z. B. Aufträge zu Lasten des Depots erteilen. Insbesondere Folgendes ist zur Geheimhaltung der PIN und TAN zu beachten:
 - die PIN und TAN dürfen nicht elektronisch gespeichert oder in anderer Form notiert werden;
 - die dem Kunden zur Verfügung gestellte TAN-Liste ist sicher zu verwahren;
 - bei Eingabe der PIN und TAN ist sicherzustellen, dass Dritte diese nicht auspähen können;
 - die PIN darf nicht außerhalb der gesondert vereinbarten Internetseiten eingegeben werden;

– die PIN darf nicht außerhalb der Internet-Anwendung weitergegeben werden (beispielsweise nicht per E-Mail);

– PIN und TAN dürfen nicht zusammen verwahrt werden.

(2) Der Kunde muss die Sicherheitshinweise auf der Internetseite der Bank beachten.

(3) Der Kunde ist verpflichtet, die ihm zur Bestätigung der gewünschten Transaktion angezeigten Daten vor der Bestätigung mit den für die Transaktion vorgesehenen Daten zu prüfen.

10. Anzeige- und Unterrichtungspflichten

(1) Stellt der Kunde den Verlust oder den Diebstahl seiner PIN und/oder TAN bzw. eine missbräuchliche Verwendung oder eine sonstige nicht autorisierte Nutzung seiner PIN und/oder TAN fest, so ist der Kunde verpflichtet, unverzüglich die Bank hierüber zu unterrichten (Sperranzeige).

(2) Der Kunde hat den Diebstahl oder Missbrauch unverzüglich bei der Polizei zur Anzeige zu bringen.

(3) Hat der Kunde den Verdacht, dass eine andere Person unberechtigt den Besitz seiner PIN und/oder TAN erlangt hat oder seinen PIN und/oder TAN verwendet, muss er ebenfalls eine Sperranzeige abgeben.

(4) Der Kunde hat die Bank unverzüglich nach Feststellung eines nicht autorisierten oder fehlerhaft ausgeführten Auftrags hierüber zu unterrichten.

11. Sperre des Internet-Zugangs

(1) Die Bank sperrt auf Veranlassung des Kunden, insbesondere im Fall der Sperranzeige (nach Punkt 10 Abs. 1), den Internet-Zugang zum Depot oder seine TAN.

(2) Die Bank sperrt den Internet-Zugang zum Depot, wenn dreimal hintereinander eine falsche PIN eingegeben wurde.

(3) Die Bank wird den Internet-Zugang zum Depot ebenfalls sperren, wenn

– sie berechtigt ist, den Internet-Zugang aus wichtigem Grund zu kündigen;

– sachliche Gründe im Zusammenhang mit der Sicherheit von PIN und TAN dies rechtfertigen;

– der Verdacht einer nicht autorisierten oder einer betrügerischen Verwendung der TAN besteht.

Die Bank wird den Kunden unter Angabe der hierfür maßgeblichen Gründe möglichst vor, spätestens jedoch unverzüglich nach der Sperre unterrichten.

(4) Mit Widerruf einer Einzelverfügungsberechtigung bei Gemeinschaftsdepots oder einer Einzelzustimmungsbefugnis bei Minderjährigendepots wird der Internet-Zugang für das jeweilige Depot gesperrt.

(5) Diese Sperren können nicht über das Internet aufgehoben werden.

(6) Die Bank wird die Sperre aufheben oder PIN bzw. TAN austauschen, wenn die Gründe für die Sperre nicht mehr gegeben sind. Hierüber wird der Kunde unverzüglich von der Bank informiert.

12. Haftung

12.1 Haftung der Bank bei einer nicht autorisierten Online-Banking-Verfügung und einer nicht oder fehlerhaft ausgeführten Online-Banking-Verfügung

Die Haftung der Bank bei einer nicht autorisierten Online-Banking-Verfügung und einer nicht oder fehlerhaft ausgeführten Online-Banking-Verfügung richtet sich nach den vereinbarten Sonderbedingungen.

12.2 Haftung des Kunden bei missbräuchlicher Nutzung seiner PIN/TAN

12.2.1 Haftung des Kunden für nicht autorisierte Zahlungsvorgänge vor der Sperranzeige

(1) Beruhen nicht autorisierte Aufträge vor der Sperranzeige auf der Nutzung eines verlorengegangenen, gestohlenen oder sonst abhandengekommenen PIN und TAN, haftet der Kunde für den der Bank hierdurch entstehenden Schaden bis zu einem Betrag von 150 Euro, ohne dass es darauf ankommt, ob den Teilnehmer an dem Verlust, Diebstahl oder sonstigem Abhandenkommen der PIN/TAN ein Verschulden trifft.

(2) Kommt es vor der Sperranzeige zu nicht autorisierten Aufträgen aufgrund einer missbräuchlichen Verwendung von PIN und TAN, ohne dass diese verlorengegangen, gestohlen oder sonst abhandengekommen sind, haftet der Kunde für den der Bank hierdurch entstehenden Schaden bis zu einem Betrag von 150 Euro, wenn der Kunde seine Pflicht zur sicheren Aufbewahrung der PIN und TAN schuldhaft verletzt hat.

(3) Ist der Kunde kein Verbraucher, haftet er für Schäden aufgrund von nicht autorisierten Aufträgen über die Haftungsgrenze von 150 Euro nach Absatz 1 und 2 hinaus, wenn der Kunde fahrlässig oder vorsätzlich gegen seine Anzeige- und Sorgfaltspflichten nach diesen Bedingungen verstoßen hat.

(4) Der Kunde ist nicht zum Ersatz des Schadens nach den Absätzen 1, 2 und 3 verpflichtet, wenn der Kunde die Sperranzeige nicht abgeben konnte, weil die Bank nicht die Möglichkeit zur Entgegennahme der Sperranzeige sichergestellt hatte und der Schaden dadurch eingetreten ist.

(5) Kommt es vor der Sperranzeige zu nicht autorisierten Aufträgen und hat der Kunde seine Sorgfaltspflichten nach diesen Bedingungen vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt oder in betrügerischer Absicht gehandelt, trägt der Kunde den hierdurch entstandenen Schaden in vollem Umfang. Grobe Fahrlässigkeit des Kunden kann insbesondere vorliegen, wenn er

– den Verlust oder Diebstahl der TAN oder die missbräuchliche Nutzung von PIN und TAN der Bank nicht unverzüglich anzeigt, nachdem er hiervon Kenntnis erlangt hat;

– die PIN im Kundensystem gespeichert hat;

– die PIN einer anderen Person mitgeteilt hat und der Missbrauch dadurch verursacht wurde;

– die PIN erkennbar außerhalb der gesondert vereinbarten Internetseiten eingegeben hat;

- die PIN außerhalb der Internet-Anwendung, beispielsweise per E-Mail, weitergegeben hat;
- die PIN auf der TAN-Liste vermerkt oder zusammen mit dieser verwahrt hat;
- mehr als eine TAN zur Autorisierung eines Auftrags verwendet hat.

(6) Die Haftung für Schäden, die innerhalb des Zeitraums, für den der Verfügungsrahmen gilt, verursacht werden, beschränkt sich jeweils auf den vereinbarten Verfügungsrahmen.

12.2.2 Haftung bei nicht autorisierten Wertpapiertransaktionen vor der Sperranzeige

Beruhend nicht autorisierte Wertpapiertransaktionen vor der Sperranzeige auf der Nutzung eines verlorengegangenen oder gestohlenen PIN und TAN oder auf der sonstigen missbräuchlichen Nutzung der PIN und TAN und ist der Bank hierdurch ein Schaden entstanden, haften der Kunde und die Bank nach den gesetzlichen Grundsätzen des Mitverschuldens.

12.2.3 Haftung der Bank ab der Sperranzeige

Sobald die Bank eine Sperranzeige eines Kunden erhalten hat, übernimmt sie alle danach durch nicht autorisierte Aufträge entstehenden Schäden. Dies gilt nicht, wenn der Kunde in betrügerischer Absicht gehandelt hat.

12.2.4 Haftungsausschluss

Haftungsansprüche sind ausgeschlossen, wenn die einen Anspruch begründenden Umstände auf einem ungewöhnlichen und unvorhersehbaren Ereignis beruhen, auf das diejenige Partei, die sich auf dieses Ereignis beruft, keinen Einfluss hat, und dessen Folgen trotz Anwendung der gebotenen Sorgfalt von ihr nicht hätten vermieden werden können.

13. Referenzbankverbindung

Die Referenzbankverbindung dient zur Abwicklung von Kauf- und Verkaufsaufträgen. So wird bei online erteilten Kaufaufträgen der entsprechende Gegenwert bei Fälligkeit von der Referenzbankverbindung per Lastschrift eingezogen. Bei online erteilten Anteilverkäufen (Auszahlungen) wird der Verkaufserlös ausschließlich auf die Referenzbankverbindung überwiesen. Im FFB-Fondsdepot *plus* dient sie außerdem zur Abwicklung von Geldtransfers auf und von dem Abwicklungskonto bei der Frankfurter Fondsbank. Bei diesen Kunden kann bei der Ordererteilung und Abwicklung von Fondstransaktionen wahlweise die Referenzbankverbindung oder das Abwicklungskonto berücksichtigt werden. Die Referenzbankverbindung kann jederzeit mittels schriftlichem Auftrag (im Original unterschrieben) geändert werden.

14. Inhalt des Online-Posteingangs

Im Online-Posteingang werden dem Kunden sämtliche Standardschriftstücke, die im Zusammenhang mit der Führung seines Depots bei der Bank erstellt werden (nachfolgend „Schriftstücke“ genannt, z. B. Fondsabrechnungen, Ausschüttungsanzeigen und Jahresdepotauszug sowie Fondsmaßnahmen und allgemeiner Schriftwechsel) zur Verfügung gestellt. Hiervon ausgenommen sind Schriftstücke, für die gesetzliche Vorgaben oder besondere Umstände die postalische Zustellung notwendig machen. Der Kunde kann die Schriftstücke ansehen, herunterladen, ausdrucken und archivieren.

15. Verzicht auf postalische Zustellung

Der Kunde verzichtet durch die Nutzung des Online-Posteingangs nach Maßgabe dieser Sonderbedingungen ausdrücklich auf den postalischen Versand der hinterlegten Schriftstücke. Die Bank ist auch bei Nutzung des Online-Posteingangs berechtigt, die hinterlegten Schriftstücke dem Kunden auf dem Postweg oder in anderer Weise zugänglich zu machen.

16. Mitwirkungspflicht des Kunden

Der Kunde verpflichtet sich, den Online-Posteingang regelmäßig auf neu hinterlegte Schriftstücke zu kontrollieren und diese auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen und etwaige Einwendungen der Bank unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

17. Unveränderbarkeit der Daten/ Haftung

Sofern die Schriftstücke im Rahmen der Nutzung des Online-Posteingangs gespeichert und aufbewahrt werden, garantiert die Bank deren Unveränderbarkeit. Werden Schriftstücke außerhalb des Online-Posteingangs gespeichert, aufbewahrt oder in Umlauf gebracht, kann die Bank hierfür keine Haftung übernehmen.

18. Historie

Die Bank hält die Schriftstücke des laufenden Kalenderjahres sowie des jeweiligen Vorjahres im Online-Posteingang vor. Jeweils zum Kalenderjahreswechsel wird sie die älteren Schriftstücke ohne gesonderte vorherige Ankündigung aus dem Online-Posteingang entfernen.

19. Kündigung

Der Kunde kann die Nutzung des Online-Posteingangs jederzeit ohne Angabe von Gründen schriftlich kündigen. Die Bank kann die Nutzung des Online-Posteingangs mit einer Frist von mindestens zwei Monaten bzw. aus wichtigem Grund fristlos kündigen. Sämtliche Schriftstücke werden mit Wirksamwerden der Kündigung wieder postalisch zugesandt. Die Beendigung der Internet-Nutzung lässt den Depotvertrag unberührt.

20. Sonstiges

Ergänzend zu diesen Sonderbedingungen gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank.

Informationen zu Bankgeschäften im Wege des Fernabsatzes der Frankfurter Fondsbank GmbH

1. Allgemeine Informationen

Hauptgeschäftstätigkeit der Gesellschaft

Unternehmensgegenstand der Frankfurter Fondsbank GmbH (Bank) ist die Verwahrung und Verwaltung von Investmentanteilen für andere, die nach dem Investmentgesetz (InvG) oder von einer ausländischen Investmentgesellschaft ausgegeben worden sind (Depotgeschäft) sowie die Anschaffung und Veräußerung von Investmentanteilen im eigenen Namen auf fremde Rechnung (Finanzkommissionsgeschäft) und sonstige damit verbundene Nebentätigkeiten.

Zuständige Aufsichtsbehörde

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Graurheindorfer Straße 108, 53117 Bonn, und Lurgiallee 12, 60439 Frankfurt am Main (Internet: www.bafin.de).

Vertragsprache

Maßgebliche Sprache für dieses Vertragsverhältnis und die Kommunikation mit dem Kunden während der Laufzeit des Vertrages ist Deutsch.

Rechtsordnung / Gerichtsstand

Es gilt für den Vertragsschluss und die gesamte Geschäftsverbindung zwischen dem Kunden und der Gesellschaft deutsches Recht.

Umsatzsteueridentifikationsnummer

DE 213709602

Registergericht

Frankfurt am Main HRB 51615

Gesetzliche Vertreter / Geschäftsführer

Peter Nonner, Gerhard Oehne, Dr. Christian Wrede

2. Informationen zur Nutzung des Depots

Wesentliche Leistungsmerkmale

- **Verwahrung / Verwaltung:** Die Bank verwahrt und verwaltet im Rahmen des Depotvertrags unmittelbar oder mittelbar die Investmentanteile des Kunden an Fonds verschiedener Kapitalanlage- bzw. Investmentgesellschaften in einem Depot, über das der Kunde nach gesonderter Freischaltung auch im elektronischen Geschäftsverkehr verfügen kann (Internet-Nutzung).
- Bei Nutzung des Fondsdepots *plus* bietet die Bank darüber hinaus das Führen eines Tagesgeldkontos an.
- **Verfügungen über Investmentanteile:** Der Kunde kann nach einem entsprechenden Auftrag an die Bank Investmentanteile in sein Depot bei der Bank übertragen lassen oder aus dem Depot bei der Bank auf eine andere Depot führende Stelle übertragen lassen.

Der Kunde kann im Wege des Finanzkommissionsgeschäfts Investmentanteile über die Bank erwerben bzw. veräußern. Der Kunde erteilt der Bank hierzu von Fall zu Fall den Auftrag. Die Bank wird sich bemühen, für Rechnung des Kunden mit Kapitalanlage- bzw. Investmentgesellschaften oder sonstigen ausgebenden Stellen ein Kauf- oder Verkaufsgeschäft (Ausführungsgeschäft) abzuschließen oder sie beauftragt einen anderen Kommissionär (Zwischenkommissionär), ein Ausführungsgeschäft abzuschließen. Die gehandelten Investmentanteile werden dem Depot gutgeschrieben (Kauf) bzw. belastet (Verkauf); entsprechend wird der zu zahlende Betrag dem Verrechnungskonto des Kunden gutgeschrieben oder belastet bzw. wird vom Kunden überwiesen. Beim Erwerb von Investmentanteilen verschafft die Bank dem Kunden, sofern die Investmentanteile bei einer deutschen Wertpapiersammelbank zur Sammelverwahrung zugelassen sind, Miteigentum an diesem Sammelbestand.

Die Einzelheiten zu Verfügungen über Investmentanteile über die Bank werden in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen sowie den Sonderbedingungen für die Internet-Nutzung des Depots geregelt.

Zusätzliche Telekommunikationskosten

Keine

Leistungsvorbehalt

Die Bank behält sich vor, die Verwahrung / Verwaltung von Investmentanteilen bzw. Verfügungen über Investmentanteile abzulehnen.

Erfüllung des Vertrages

Die Bank erfüllt ihre Verpflichtungen aus dem Depotvertrag, indem sie dem Kunden ein Depot zur Verfügung stellt und dessen Investmentanteile verwahrt / verwaltet sowie im vertraglich zugesicherten Rahmen Kundenaufträge betreffend den Anteilbestand ausführt oder neue Investmentanteile erwirbt.

Sofern die Internet-Nutzung des Depots vereinbart wurde, erfüllt die Bank ihre Verpflichtungen, indem sie dem Kunden über das Internet Zugriffsrechte gewährt und über das Internet eingegebene Aufträge im vertraglich zugesicherten Rahmen ausführt.

Zustandekommen des Depotvertrages

Der Kunde gibt gegenüber der Bank ein Angebot auf Abschluss des Depotvertrages ab, indem er das ausgefüllte und unterzeichnete Depotöffnungsformular postalisch an die Bank übermittelt und dieses ihr zugeht. Eine postalische Übermittlung kann auch an den Empfangsboten der Gesellschaft – beispielsweise einen Vermittler – erfolgen, der den Antrag an die Bank weiterleitet. Der Kunde hat sich weiterhin entsprechend zu legitimieren.

Der Depotvertrag kommt zustande, wenn die Bank dem Kunden die Annahme des jeweiligen Vertrages erklärt, indem sie beispielsweise für ihn ein entsprechendes Depot eröffnet und dies mitteilt.

Zustandekommen des Vertrages über die Internet-Nutzung des Depots

Der Kunde gibt gegenüber der Bank ein Angebot auf Abschluss der Vereinbarung über die Internet-Nutzung des Depots ab, indem er das jeweils ausgefüllte und unterzeichnete Formular postalisch an die Bank übermittelt und dieses ihr zugeht. Diese Übermittlung kann auch an einen Empfangsboten der Bank, beispielsweise einen Vermittler, erfolgen, der den Antrag an die Bank weiterleitet.

Die Vereinbarung über die Internet-Nutzung des Depots kommt zustande, wenn die Bank dem Kunden die Annahme des Angebots erklärt, beispielsweise indem sie ihm eine entsprechende Zugangskennung übersendet.

Vertragliche Kündigungsregeln

Hinsichtlich der Kündigung der Internet-Nutzung des Depots findet Ziffer 15 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen bzw. Ziffer 16 der Sonderbedingungen für die Internet-Nutzung entsprechend Anwendung.

Mindestlaufzeit

Für den Depotvertrag wird keine Mindestlaufzeit vereinbart. Bei Kündigung des Depotvertrages muss der Kunde die verwahrten Investmentanteile auf ein anderes Depot übertragen oder veräußern.

Für die Internet-Nutzung des Depots ist ebenso keine Mindestlaufzeit vereinbart. Die Beendigung der Internet-Nutzung lässt den Depotvertrag grundsätzlich unberührt.

Belehrung über das Widerrufsrecht

Der Kunde kann seine Vertragserklärung über das Eröffnen eines Depots oder über die Internet-Nutzung des Depots innerhalb von zwei Wochen ohne Angabe von Gründen in Textform, z. B. Brief, Fax widerrufen. Die Frist beginnt frühestens mit Erhalt dieser Belehrung. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Der Widerruf ist zu richten an

Frankfurter Fondsbank GmbH, Postfach 11 06 63, 60041 Frankfurt am Main oder Neue Mainzer Straße 80, 60311 Frankfurt am Main
Telefax: (069) 77060-555
E-Mail: info@frankfurter-fondsbank.de

Im Falle eines wirksamen Widerrufs sind die beiderseits empfangenen Leistungen zurückzugewähren und ggf. gezogene Nutzungen herauszugeben. Kann der Kunde die empfangene Leistung ganz oder teilweise nicht oder nur in verschlechtertem Zustand zurückgewähren, muss er der Bank ggf. Wertersatz leisten. Dies kann dazu führen, dass der Kunde die vertraglichen Zahlungsverpflichtungen für den Zeitraum bis zum Widerruf gleichwohl erfüllen muss. Verpflichtungen zur Erstattung von Zahlungen muss der Kunde innerhalb von 30 Tagen nach Absendung seiner Widerrufserklärung erfüllen.

Hinsichtlich des Erwerbs und der Veräußerung von Investmentanteilen gilt nicht das o. g. Widerrufsrecht, sondern das Widerrufsrecht nach § 126 Investmentgesetz, das im Anschluss an die Allgemeinen Geschäftsbedingungen abgedruckt ist.

Conflict of Interest Policy. Kundeninformation über den Umgang mit Interessenkonflikten und die Grundsätze der Orderausführung im Hause der Frankfurter Fondsbank GmbH

Geldanlage ist Vertrauenssache. Das beginnt bei der Wahl Ihres persönlichen Beraters (Vermittlers) und endet bei der Auswahl einer geeigneten Abwicklungsstelle, über die Sie Ihre Anlageentscheidungen umsetzen. Trotz aller Objektivität können bei den Beteiligten aber auch unterschiedliche Interessenlagen aufeinandertreffen. Die hier vorliegende „Conflict of Interest Policy“ informiert Sie über mögliche Interessenkonflikte in diesem Zusammenhang.

Bevor wir hierauf näher eingehen, möchten wir die „Rollen“ der einzelnen, in den Anlageprozess eingebundenen Beteiligten kurz beleuchten. Ausgangspunkt sind Sie als Kunde. Bei Ihnen ist vor dem Hintergrund Ihrer persönlichen Lebenssituation ein gewisser Anlagebedarf (z. B. Altersvorsorge, Liquiditätsanlage) entstanden. Mit dem von Ihnen gewählten Berater Ihres Vertrauens entwickeln Sie auf Basis anlage- und anlegergerechter Informationen eine auf Ihre Situation zugeschnittene Anlagestrategie. Die Frankfurter Fondsbank ist (ausschließlich) für die Beschaffung und Verwahrung der Fondsanteile verantwortlich (Execution-Only) und hat keinerlei Einfluss auf die Auswahl der Fondsprodukte durch ihre Kunden.

Es ist für uns oberstes Gebot, mit dem in uns gesetzten Vertrauen unserer Kunden verantwortungsbewusst umzugehen. Denkbar wäre, dass in Einzelfällen die berechtigten Interessen unserer Kunden und die Interessen der Frankfurter Fondsbank als Wirtschaftsunternehmen, das zwar in erster Linie seinen Kunden, aber auch seinen Eigentümern und Mitarbeitern verpflichtet ist, gegenläufig sind. Wir sind aber der Überzeugung, dass unsere internen Abläufe (z. B. organisatorische Verfahren zur Wahrung des Kundeninteresses, Regelungen über die Annahme und Gewährung von Zuwendungen, Sicherstellung der zeitgerechten Orderausführung und Kontrollen der Geschäfte unserer Mitarbeiter) wirksam verhindern, dass Benachteiligungen unserer Kunden entstehen, wobei diese durch die besonderen Rahmenbedingungen im Fondsgeschäft und die Positionierung der Frankfurter Fondsbank als Execution-Only Anbieter ohnehin nur in sehr begrenztem Umfang auftreten können. So hat z. B. die Frankfurter Fondsbank aufgrund des Geschäftsmodells nicht die Möglichkeit, Produkte der konzerneigenen Kapitalanlagegesellschaften zu bevorzugen. Die Frankfurter Fondsbank ist vielmehr bestrebt, ein möglichst umfangreiches Spektrum von Anlagen in Investmentfonds anbieten zu können. Grundlage hierfür bilden vertragliche Vereinbarungen zwischen uns und zahlreichen Fondsgesellschaften, in denen Abwicklungsdetails, aber auch die Zahlung von Provisionen geregelt werden. Bei der Auswahl der jeweiligen Fondsprodukte, die über die Frankfurter Fondsbank erhältlich sind, spielen neben Qualitätsaspekten auch eine reibungslose Anteilbeschaffung sowie die Zahlung von Provisionen durch die Kapitalanlagegesellschaften eine Rolle. Nur für die vertraglich angebotenen Fonds kann das gesamte Leistungsspektrum angeboten und sichergestellt werden. Die Frankfurter Fondsbank ist dennoch bemüht, auch bei vertraglich nicht gebundenen Fonds, einen Grundservice (in der Regel Verwahrung, Kauf und Verkauf) zu ermöglichen.

Aufgrund der eingangs beschriebenen „Rollenverteilung“ hat die Frankfurter Fondsbank auf die Anlageentscheidungen keinen Einfluss.

Sollten bei der Abwicklung Ihrer Fondsorders Fremdwährungsgeschäfte notwendig sein, werden diese in der Regel für jede abzuwickelnde Währung zusammengefasst und über konzernzugehörige Unternehmen abgewickelt. Hieraus können dem Konzern Vorteile entstehen. Durch die Bündelung der Fremdwährungsgeschäfte werden jedoch die mit kleinen Einzeltransaktionen zumeist verbundenen hohen Transaktionskosten vermieden, so dass dem Kunden auch Vorteile aus dieser Vorgehensweise erwachsen.

Zum Abschluss noch ein Wort zu den Interessen der Berater (Vermittler): Hier könnten mögliche Interessenkonflikte zum Beispiel darauf beruhen, dass Ihr Berater in Abhängigkeit der an Sie vermittelten Investmentfonds Teile des Ausgabeaufschlages (Vertriebsprovision) beziehungsweise eine haltedauerabhängige Vertriebsfolgeprovision sowie ggf. Sachzuwendungen erhält. Die Vertriebsfolgeprovision wird aus der Verwaltungsgebühr der jeweiligen Fonds über die Frankfurter Fondsbank an den Berater beziehungsweise seine Vertriebsorganisation gezahlt. Es entstehen Ihnen hierdurch keine zusätzlichen Aufwendungen. Ob und inwieweit sich hieraus bei Ihrem Berater Interessenkonflikte ergeben können, ist uns nicht bekannt und von dem jeweiligen Geschäftsmodell des Beraters abhängig. Sicher steht Ihnen Ihr Berater für einen offenen Austausch und zur Klärung eventuell bestehender Fragen zur Verfügung.

Grundsätze der Orderausführung

Als Abwicklungsspezialist im Fondsgeschäft erachten wir den Abruf und die Rückgabe von Fondsanteilen direkt über die jeweilige Fonds verwaltende Fondsgesellschaft beziehungsweise deren Depotbank als am besten geeignete Stelle zur Abwicklung der Anteilscheingeschäfte. Wir weisen darauf hin, dass Anteilscheingeschäfte beispielsweise auch über die Börse abgewickelt werden können, was in Einzelfällen (z. B. große Ordervolumen oder andere besondere Konstellationen) auch günstiger sein kann, als direkt über den Emittenten zu ordern. Wir bieten eine Abwicklung über die Börse jedoch nicht an. Neben den niedrigen Transaktionskosten spricht für den direkten Abwicklungsweg über die Investmentgesellschaft die gesetzlich geregelte Feststellung des Anteilpreises.

Der Service steht Ihnen außer an bundeseinheitlichen und hessischen Feiertagen an allen Bankgeschäftstagen zur Verfügung. Wir sind überzeugt, dass die Frankfurter Fondsbank Ihnen als Komplettserviceanbieter im Bereich der Fondsanteilverwahrung unter Berücksichtigung des gesamten Kosten- und Leistungsspektrums ein äußerst attraktives Angebot für Ihre individuellen Fondsanlagen bietet.

Auf Wunsch stellen wir unseren Kunden weitere Einzelheiten zu diesen Grundsätzen zur Verfügung.

Preis- und Leistungsverzeichnis

FFB-Fondsdepot – Klassisches Investmentdepot

	Entgelte
Depotführung	0,25% vom Depotwert (mind. 18 EUR, max. 40 EUR) p.a.
Transaktionskosten	2 EUR je Kauf/Verkauf; Spar- und Auszahlpläne kostenfrei
Versand von Abrechnungen und Anzeigen	1,50 EUR pro Aussendung (entfällt bei Nutzung des Online-Posteingangs)*
Depotführung als FFB-Kombidepot (Aktivdepot = FFB-Fondsdepot)	12 EUR p.a. zusätzlich zum normalen Depotführungsentgelt (Das FFB-Kombidepot besteht aus einem Aktivdepot und einem Passivdepot. Der durchschnittliche Depotwert wird über beide Depots ermittelt.)

FFB-Fondsdepot :plus – Investmentdepot mit integriertem Abwicklungskonto

	Entgelte
Depotführung	0,25% vom Depotwert (mind. 18 EUR, max. 40 EUR) p.a.
Kontoführung	kostenfrei ab einem Durchschnittsbestand von 1.000 EUR p.a., ansonsten 12 EUR pro Jahr
Transaktionskosten	2 EUR je Kauf/Verkauf; Spar- und Auszahlpläne kostenfrei
Versand von Abrechnungen und Anzeigen	1,50 EUR pro Aussendung (entfällt bei Nutzung des Online-Posteingangs)*
Depotführung als FFB-Kombidepot (Aktivdepot = FFB-Fondsdepot :plus)	12 EUR p.a. zusätzlich zum normalen Depotführungsentgelt und ggf. zzgl. Entgelt für Kontoführung (Das FFB-Kombidepot besteht aus einem Aktivdepot und einem Passivdepot. Der durchschnittliche Depotwert wird über beide Depots ermittelt.)

* Es können mehrere Dokumente in einer Aussendung enthalten sein.

Die jährliche Belastung der Depotführungsentgelte sowie etwaiger Versandentgelte erfolgt jeweils am Anfang des Jahres für das zurückliegende Kalenderjahr. Bemessungsgrundlage für die Depotführungsentgelte ist der jeweils durchschnittlich während des zurückliegenden Kalenderjahres gehaltene Depotbestand (Sonderregelung bei FFB-Kombidepot). Die Belastung der zuvor genannten Entgelte erfolgt im FFB-Fondsdepot durch Verkauf von Anteilen bzw. von Anteilbruchteilen beginnend mit den Fonds der niedrigsten Risikoklasse (beim FFB-Kombidepot im Aktivdepot). Sofern der gesamte Anteilbestand nicht ausreicht, wird der Restbetrag durch Lastschrift von der Referenzbankverbindung eingezogen. Im FFB-Fondsdepot :plus erfolgt die Belastung der zuvor genannten Entgelte über das Abwicklungskonto.

Wird ein Depot unterjährig geschlossen oder werden alle im Depot verwahrten Anteile verkauft oder übertragen, erfolgt die Berechnung und die Belastung der Entgelte zum Zeitpunkt der Schließung des Depots, des Gesamtverkaufes bzw. des Übertrages.

Die Transaktionskosten werden sowohl beim FFB-Fondsdepot als auch beim FFB-Fondsdepot :plus direkt bei den Kauf- bzw. Verkaufstransaktionen verrechnet.

Spezielle Depotarten/Besonderheiten

	Entgelte
FFB-Mietkautionsdepot	12 EUR p.a.
Vermögenswirksamer Sparvertrag	12 EUR p.a.
Versandkomponente für VL-Sparverträge vor 1.1.2007	6 EUR p.a. (entfällt bei Nutzung des Online-Posteingangs)
MLP top portfolio*	6 EUR (zzgl. MwSt.) p.a.
Versandkomponente für MLP top portfolio	6 EUR p.a. (entfällt bei Nutzung des MLP Financepilot Report)

* Für diese Depotart gelten besondere Regelungen; der Vertrieb erfolgt nicht über alle Kooperationspartner.

Die Belastung der Entgelte erfolgt durch Verkauf von Fondsanteilen bzw. Anteilbruchteilen.

Sonstige Dienstleistungen

	Entgelte
Auslandsüberweisung	10 EUR je Überweisung
Depotübertrag	
– Eingang (von anderen Instituten)	kostenfrei
– Ausgang (an andere Institute)	kostenfrei
Depotwertberechnung (unterjährig)	10 EUR je Berechnung
Duplikaterstellung (z.B. Depotauszüge, Ausschüttungsmittelungen, Jahressteuerbescheinigungen, VL-Bescheinigungen)	5 EUR je Beleg
Einreichung eines Fremdwährungsschecks	20 EUR je Scheckeinreichung
Einrichtung FFB-Fondskredit (Effekten-Lombardkredit)	0,25% des Kreditbetrages einmalig
Erstellung von Ersatz-PIN/ TAN*	5 EUR
Erteilen einer schriftlichen Bankauskunft	10 EUR je Auskunft
Einrichtung Mietkaution	30 EUR einmalig
Nachlassabwicklung (über den gesetzlichen Rahmen hinaus)	nach Aufwand, mind. 50 EUR
Telegrafische Überweisung	10 EUR je Überweisung
Verpfändungsanzeige (seitens oder im Auftrag des Kunden)	30 EUR einmalig

* Das Entgelt ist nicht zu entrichten, wenn der Verlust der PIN/ TAN nicht vom Kunden zu vertreten ist.

Die obigen Entgelte verstehen sich inklusive anfallender MwSt. sofern nicht anders ausgewiesen; Porti und sonstige Auslagen sind grundsätzlich in den obigen Sätzen nicht enthalten. Die Bank wird zusätzlich zu den oben genannten Sätzen die ihr bei Auftragsausführung von Dritten berechneten Auslagen und fremden Kosten in Rechnung stellen.

Für in diesem Preis- und Leistungsverzeichnis nicht aufgeführte Leistungen, die im Auftrag des Kunden oder in dessen mutmaßlichem Interesse erbracht werden und die nach den Umständen nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann die Bank die Höhe der Entgelte nach billigem Ermessen (§ 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches) bestimmen. Der Kunde trägt alle Auslagen und fremden Kosten, die anfallen, wenn die Bank in seinem Auftrag oder seinem mutmaßlichen Interesse tätig wird (insbesondere für Ferngespräche oder Porti).

Die Belastung der Entgelte, Auslagen und fremden Kosten bzw. Spesen erfolgt beim FFB-Fondsdepot durch Verkauf von Fondsanteilen bzw. Anteilbruchteilen oder beim FFB-Fondsdepot :plus durch Abrechnung über das Abwicklungskonto.

Die Frankfurter Fondsbank GmbH ist dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. angeschlossen. Die für die Sicherung geltenden Bestimmungen einschließlich Umfang und Höhe der Sicherung ergeben sich aus dem Punkt 15 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Frankfurter Fondsbank GmbH
 Postfach 110663
 D-60041 Frankfurt am Main

Auftrag zur Eröffnung eines Vermögenswirksamen Sparvertrages (VL) (nicht möglich für ein Gemeinschaftsdepot)

Ich bitte um Anlage meiner Vermögenswirksamen Leistungen in meinem Depot Nr.: 1 0, gemäß den nachfolgend abgedruckten Sonderbedingungen. Das Entgelt für die Führung eines Vermögenswirksamen Sparvertrages ergibt sich aus dem jeweils gültigen Preis- und Leistungsverzeichnis.

Arbeitgeber/Firma (bitte vollständig ausfüllen)

Straße/Postfach	PLZ	Ort
Abteilung	Personalnummer	

Depotinhaber 1

Name	Vorname	Geburtsname
Straße	PLZ	Ort
Geb.-Datum	Geburtsort	Staatsangehörigkeit
		Beruf
Telefon	Telefax	

Ich bitte, die Zahlungen meines Arbeitgebers nach § 2 Abs. 1 Nr. 1c des 5. Vermögensbildungsgesetzes in Anteilen des nachfolgend genannten Fonds (bitte unbedingt produktspezifisches Fondsspektrum beachten) anzulegen:

ISIN oder WKN	Fondsname

- monatlich _____ EUR entspricht einem Jahressparbeitrag von _____ EUR Zahlungsbeginn _____ Monat _____ Jahr
- Einmalzahlung nachzuolender Vermögenswirksamer Leistungen _____ EUR
- Dieser Sparbetrag wird zusätzlich zu einem bestehenden Vermögenswirksamen Sparvertrag abgeschlossen.
- Eine von mir früher getroffene Entscheidung über die Art der Anlage der Vermögenswirksamen Leistungen widerrufe ich hiermit.

Mit Erteilung dieses Auftrages bestätige ich/bestätigen wir, dass mir/uns rechtzeitig vor Auftragserteilung der jeweils aktuelle Verkaufsprospekt (einschließlich der Vertragsbedingungen, die die Informationen über die Vertriebsprovisionen/Ausgabeaufschläge, die Kosten und die Verwaltungsvergütung der Fonds enthalten), der jeweils aktuelle Jahresbericht und ggf. der anschließende Halbjahresbericht zur Verfügung gestellt wurde.

Bitte beachten Sie auch die nachfolgenden Sonderbedingungen für die Anlage von Vermögenswirksamen Leistungen (VL).

 Ort, Datum **X**
 Unterschrift Depotinhaber (bei Minderjährigen gesetzliche Vertreter 1 und 2)

Sonderbedingungen für die Anlage von Vermögenswirksamen Leistungen (VL)

1. VL-Sparvertrag

Bei dem VL-Sparvertrag handelt es sich um eine Anlage nach dem Vermögensbildungsgesetz. Der Kunde kann auf diesen Vertrag bis zu 870 EUR pro Jahr vermögenswirksam anlegen.

Mit Abschluss eines VL-Sparvertrages geht der Kunde die Verpflichtungen ein, die sich aus dem geltenden Recht, insbesondere dem Vermögensbildungsgesetz ergeben. Ein Depot, für das ein VL-Sparvertrag abgeschlossen wird, kann nur auf den Namen des Arbeitnehmers als Einzeldepot eröffnet bzw. geführt werden.

2. Sperrfristen

Die gesetzliche Sperrfrist für die erworbenen Anteile beginnt mit dem Schlusstag, an dem die erste Vermögenswirksame Leistung bei der Bank eingeht. Danach können sechs Jahre lang Zahlungen geleistet werden. Die Sperrfrist endet am letzten Kalendertag des siebten Jahres. Für weitere Vermögenswirksame Leistungen beginnt die Sperrfrist neu.

3. Zahlungen

Zahlungen zugunsten VL-Sparverträgen werden von der Bank nur angenommen, wenn die jährliche Rate 400 EUR nicht unterschreitet. Bei monatlicher Zahlweise muss die monatliche Rate somit mindestens 34 EUR betragen. Die Vermögenswirksamen Leistungen müssen vom Arbeitgeber direkt an die Bank auf die genannte Kontoverbindung geleistet werden.

Die Zahlungen müssen nicht in festen Raten erfolgen. Sofern der Arbeitgeber für ein volles Kalenderjahr überhaupt keine Zahlungen leistet, und die

Erträge nicht wieder angelegt werden, gilt der Vertrag als unterbrochen. Für weitere Zahlungen beginnt in diesen Fällen die Sperrfrist neu.

4. Verkäufe

Verkäufe und Verfügungen, die während der Sperrfrist getroffen werden, haben – falls die gesetzlichen Bestimmungen keine Ausnahme vorsehen – den Verlust der Arbeitnehmersparzulage zur Folge. Der VL-Sparvertrag gilt bei einer vorzeitigen Verfügung (auch bei Teilverfügung) als aufgelöst. Eine anteilige Rückerstattung des Abschlussentgeltes erfolgt nicht. Der Kunde kann die Rechte aus dem VL-Sparvertrag nicht abtreten oder verpfänden.

5. VL-Bescheinigung

Die Bescheinigung der Vermögenswirksamen Leistungen zur Beantragung der Arbeitnehmersparzulage für das jeweils vergangene Jahr geht dem Kunden unaufgefordert Anfang des neuen Kalenderjahres zu.

6. Arbeitnehmersparzulage

Eine eventuell von der Finanzverwaltung gewährte Arbeitnehmersparzulage wird nach Ablauf der Sperrfrist von dieser an die Bank überwiesen und dem Investmentdepot des Kunden in Anteilen des für die VL-Anlage gewählten Fonds gutgeschrieben.

7. Sonstiges

Ergänzend zu diesen Sonderbedingungen gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen.

Bitte „Adressdaten Arbeitgeber“ unbedingt ausfüllen!

Arbeitgeber/Firma

Straße/Postfach

PLZ Ort

Bitte diesen Antrag vollständig ausgefüllt und zusammen mit dem „Auftrag zur Eröffnung eines Vermögenswirksamen Sparvertrages“ an die Frankfurter Fondsbank senden.

Die Weiterleitung dieses Antrags an den Arbeitgeber erfolgt durch die Frankfurter Fondsbank.

Antrag zur Überweisung von Vermögenswirksamen Leistungen (VL) für den Arbeitgeber

Ich beantrage bis auf Widerruf die Überweisung meiner Vermögenswirksamen Leistungen auf mein Fondsdepot bei der Frankfurter Fondsbank.

Angaben zum Arbeitnehmer/Depotinhaber

Name	Vorname	Geburtsdatum
Straße		PLZ Ort
Abteilung	Personalnummer	

Angaben zum Vermögenswirksamen Sparvertrag

Depotnummer 1 0 V L (die Depotnummer wird von der Frankfurter Fondsbank ergänzt)

ISIN oder WKN	Fondsname
---------------	-----------

Zahlungsweise/Sparbeitrag

- monatlich _____ EUR entspricht einem Jahressparbeitrag von _____ EUR Zahlungsbeginn _____ Monat _____ Jahr
- Einmalzahlung nachzuolender Vermögenswirksamer Leistungen _____ EUR
- Dieser Sparbetrag wird zusätzlich zu einem bestehenden Vermögenswirksamen Sparvertrag abgeschlossen.
- Eine von mir früher getroffene Entscheidung über die Art der Anlage der Vermögenswirksamen Leistungen widerrufe ich hiermit.

X

Ort, Datum

Unterschrift Arbeitnehmer (bei Minderjährigen gesetzliche Vertreter 1 und 2)

Hinweise für die Überweisung durch den Arbeitgeber

Bei der Überweisung bitte angeben:

Bankverbindung der Frankfurter Fondsbank

Frankfurter Fondsbank – Sonderkonto-Nr. 903 500
BHF-BANK, Frankfurt am Main
BLZ 500 202 00

Verwendungszweck

Depotnummer VL (siehe oben)
ISIN/WKN (siehe oben)
Name, Vorname des Arbeitnehmers/Depotinhabers

Textschlüssel 54 und Lohnzurechnungsjahr

Bitte beachten Sie, dass die Vermögenswirksamen Leistungen nur dann wunschgemäß angelegt werden können, wenn die erforderlichen Informationen bei der Überweisung angegeben sind.

Beispiel für eine Überweisung von Vermögenswirksamen Leistungen:

Überweisungsauftrag / Zahlschein		Benutzen Sie bitte diesen Vordruck für die Überweisung des Betrages von Ihrem Konto oder zur Barauszahlung. Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, beschreiben oder beschmutzen.	
(Name und Sitz des beauftragten Kreditinstituts)		[Bankleitzahl]	
Empfänger: Name, Vorname / Firma (max. 27 Stellen) Frankfurter Fondsbank - Sonderkonto			
Konto-Nr. des Empfängers			Bankleitzahl
903500			50020200
bei (Kreditinstitut)			
BHF-BANK Frankfurt am Main			
Kunden-Referenznummer - nach Verwendungszweck, auf Name und Anschrift des Auftraggebers - (nur für Empfänger)		Betrag	
1000000000VL100000		EUR 40,00	
nach Verwendungszweck (insgesamt max. 3 Zeilen à 27 Stellen)			
Mustermann, Max			
Kontoinhaber/Einzahler: Name (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)			
Arbeitgeber			
Konto-Nr. des Kontoinhabers			
1000000000			
Datum		Unterschrift	

Die Frankfurter Fondsbank bestätigt, dass die Überweisungen als Vermögenswirksame Leistungen gemäß § 4 in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Nr. 1c des 5. Vermögensbildungsgesetzes angelegt werden.

Frankfurter Fondsbank GmbH
Besucheranschrift:
Strahlenbergerstraße 45
63067 Offenbach am Main
info@frankfurter-fondsbank.de

Postanschrift:
Postfach 11 06 63
60041 Frankfurt am Main
Telefon (069) 770 60-200
Telefax (069) 770 60-555

Vorsitzender
des Aufsichtsrats:
Hugh Mullan

Geschäftsführung:
Peter Nonner
Gerhard Oehne
Dr. Christian Wrede

Sitz: Frankfurt am Main
Amtsgericht:
Frankfurt HRB 51615
Umsatzsteuer-ID-Nr.
DE 213709602

B
i
t
t
e
v
o
l
l
s
t
ä
n
d
i
g
u
n
d
i
n
B
l
o
c
k
s
c
h
r
i
f
t
a
u
s
f
ü
l
l
e
n
!

VL-Arbeitgeberbescheinigung 1/2010.pdf

B
i
t
t
e
v
o
l
i
s
t
ä
n
d
i
g
u
n
d
i
n
B
l
o
c
k
s
c
h
r
i
f
t
a
u
s
f
ü
l
l
e
n
!

Depotnummer
1 0
<small>(wird bei Depotneueröffnung von der Bank eingetragen)</small>

Frankfurter Fondsbank GmbH
 Postfach 110663
 60041 Frankfurt am Main

Dieser Auftrag gilt für alle meine/unsere Depots und Konten. Der Ausschluss einzelner Depots bzw. Konten ist nicht möglich.

Durch diesen Auftrag werden früher erteilte Freistellungsaufträge gegenstandslos.

Der Erhalt wird nicht bestätigt.

Freistellungsauftrag für Kapitalerträge und Antrag auf ehегattenübergreifende Verlustverrechnung

Dieser Freistellungsauftrag für Kapitalerträge gilt nicht für Betriebseinnahmen und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.

Gläubiger der Kapitalerträge				Steuer-Identifikationsnummer			
Name		Vorname					
ggf. Geburtsname		Geb.-Datum		Familienstand		seit	
Straße, Hausnummer		PLZ		Ort			
Ehepartner (bitte unbedingt ergänzen)				Steuer-Identifikationsnummer			
Name		Vorname					
ggf. Geburtsname		Geb.-Datum					

Hiermit erteile ich/erteilen wir Ihnen den Auftrag, meine/unsere bei Ihrem Institut anfallenden Kapitalerträge vom Steuerabzug freizustellen und/oder bei Dividenden und ähnlichen Kapitalerträgen die Erstattung von Kapitalertragsteuer zu beantragen und zwar:

bis zu einem Betrag von _____ EUR bei Verteilung des Sparer-Pauschbetrages auf mehrere Kreditinstitute.

bis zur Höhe des für mich/uns geltenden Sparer-Pauschbetrages von insgesamt **801 EUR** bei Einzelveranlagung oder **1.602 EUR** bei Zusammenveranlagung.

über 0,- EUR (ehегattenübergreifende Verlustverrechnung)*

Dieser Auftrag gilt ab dem **01.01.** _____ bzw. ab Beginn der Geschäftsbeziehung solange, bis

Sie einen anderen Auftrag von mir/uns erhalten bis zum **31.12.** _____

Die in diesem Auftrag enthaltenen Daten werden dem Bundeszentralamt für Steuern übermittelt. Sie dürfen zur Durchführung eines Verwaltungsverfahrens oder eines gerichtlichen Verfahrens in Steuersachen oder eines Strafverfahrens wegen einer Steuerstrafat oder eines Bußgeldverfahrens wegen einer Steuerordnungswidrigkeit verwendet sowie vom Bundeszentralamt für Steuern den Sozialleistungsträgern übermittelt werden, soweit dies zur Überprüfung des bei der Sozialleistung zu berücksichtigenden Einkommens oder Vermögens erforderlich ist (§ 45 d EStG).

Ich versichere/Wir versichern, dass mein/ unser Freistellungsauftrag zusammen mit Freistellungsaufträgen an andere Kreditinstitute, Bausparkassen, das Bundeszentralamt für Steuern usw. den für mich/uns geltenden Höchstbetrag von insgesamt 801/1.602 EUR nicht übersteigt. Ich versichere/Wir versichern außerdem, dass ich/wir mit allen für das Kalenderjahr erteilten Freistellungsaufträgen für keine höheren Kapitalerträge als insgesamt 801/1.602 EUR im Kalenderjahr die Freistellung oder Erstattung von Kapitalertragsteuer in Anspruch nehme(n). Die mit dem Freistellungsauftrag angeforderten Daten werden aufgrund von § 44 a Abs.2, § 44 b Abs.1 und § 45 d Abs.1 EStG erhoben.

 Ort, Datum X Unterschrift des Depotinhabers X Unterschrift des Ehepartners

Bei Minderjährigen ist zusätzlich die Unterschrift beider Elternteile erforderlich.

Der Höchstbetrag von 1.602 EUR gilt nur bei Ehegatten, die einen gemeinsamen Freistellungsauftrag erteilen und bei denen die Voraussetzungen einer Zusammenveranlagung i. S. des § 26 Abs. 1 Satz 1 EStG vorliegen. Der gemeinsame Freistellungsauftrag ist z. B. nach Auflösung der Ehe oder bei dauerndem Getrenntleben zu ändern. Erteilen Ehegatten einen gemeinsamen Freistellungsauftrag, führt dies zu einer Verrechnung der Verluste des einen Ehegatten mit den Gewinnen und Erträgen des anderen Ehegatten. Der gemeinsame Freistellungsauftrag kann nur für sämtliche Depots oder Konten bei einem Kreditinstitut oder einem anderen Auftragnehmer gestellt werden. Ein Widerruf des Freistellungsauftrags ist nur zum Kalenderjahresende möglich.

* Möchten Sie mit diesem Antrag lediglich eine ehегattenübergreifende Verlustverrechnung beantragen, so kreuzen Sie bitte dieses Feld an.

Beratungsverzicht - Haftungsausschluss

Erster Depotinhaber

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße

Postleitzahl, Ort

Zweiter Depotinhaber

Name, Vorname

Geburtsdatum

Straße

Postleitzahl, Ort

Beratungsverzicht

321finanzcheck bietet Ihnen ein Depot bei der Frankfurter Fondsbank zu vergünstigten Konditionen an. Ich/Wir erkläre/n ausdrücklich, dass ich/wir aus eigenem Entschluss das Depot über 321finanzcheck eröffne/n. Mir/Uns ist bekannt, dass sich das Angebot von 321finanzcheck nur an sachkundige und informierte Anleger richtet, die sich alle notwendigen Unterlagen und Informationen (Verkaufsprospekte, Rechenschaftsberichte, Halbjahresberichte des jeweiligen Fonds) für Ihre Anlageentscheidung selbst beschaffen. 321finanzcheck leistet grundsätzlich keine Beratung, Zusatzinformationen oder sonstige Entscheidungshilfen. 321finanzcheck schuldet daher keine Anlageberatung als vertragliche Hauptleistungspflicht. Eine individuelle Beratung durch 321finanzcheck ist nicht gewünscht und erfolgt somit auch nicht. Mir/Uns ist bekannt, dass 321finanzcheck als reiner Vermittler (Abwickler) und nicht als Berater auftritt. Im Gegenzug erhalte/n ich/wir beim Erwerb von Fondsanteilen über 321finanzcheck einen Anspruch auf Einräumung eines Discounts.

Haftungsausschluss

Fonds können mittelfristig gesehen Verluste machen. Je höher meine/unsere Renditeerwartung bzw. Risikoneigung, desto höher kann ein eventuell entstehender Kursverlust ausfallen. Außerdem ist mir/uns bewusst, dass

- 321finanzcheck für den Inhalt von Verkaufs- und Rechenschaftsberichten keine Gewähr übernimmt
- eine positive Wertentwicklung der Vergangenheit keine Garantie für die zukünftige Wertentwicklung ist
- Anlagen in Fremdwährungen Währungsschwankungen unterliegen – positiv sowie auch negativ
- sich mein/unser Geldeinsatz bei extremen Kursverlusten an der Börse extrem verringern kann
- 321finanzcheck meine/unsere Fondskäufe nicht überwacht oder prüft
- Fonds je nach Gesellschaft verschiedene Cut-Off-Zeiten haben (Kaufabwicklung erfolgt zu verschiedenen Zeiten, teilweise 2 Tage länger nach Orderaufgabe)

Hiermit bestätige/n ich/wir ausdrücklich, dass ich/wir im Bereich Investmentfonds sachkundig und informiert bin/sind. Ich/Wir habe/n genügend Erfahrung und kann/können die Risiken bei Anlagen in Investmentfonds einschätzen. Meine/Unsere finanzielle Situation lässt diese Investition und zukünftige Investitionen zu, da mir/uns ausreichende freie Mittel zur Verfügung stehen. Eventuelle Kursverluste stellen daher keine Existenzprobleme dar.

Ort, Datum

Erster Depotinhaber / gesetzlicher Vertreter

Ort, Datum

Zweiter Depotinhaber / gesetzlicher Vertreter

Beratungsbogen

Name	_____	Vorname	_____
Strasse, H-Nr.	_____	PLZ, Ort	_____
Geb.-Dat.	_____	Anz. d. Pers. im Haush.	_____
Tel.-Nr. 1	_____	Tel.-Nr. 2	_____
E-Mail	_____	Mobil	_____

2. Bisherige Erfahrung in der Wertpapieranlage

Geschäftsumfang je Transaktion

<input type="checkbox"/> Sparbuch, Festgeldkonto, Geldmarktfonds	<input type="checkbox"/> Anleihen, Bundesobligationen, Rentenfonds	<input type="checkbox"/> Aktien, Aktienfonds	<input type="checkbox"/> Neue Märkte, Optionsscheine, Termingeschäfte, Themenfonds
_____ EUR	_____ EUR	_____ EUR	_____ EUR

Seit wieviel Jahren tätigen Sie Wertpapiergeschäfte? _____ Jahre

3. Bereits vorhandene Investments

4. Anlageziel

Aktuell frei verfügbares Vermögen

<input type="checkbox"/> bis EUR 5.000	<input type="checkbox"/> bis EUR 15.000	<input type="checkbox"/> bis EUR 25.000	<input type="checkbox"/> bis EUR 50.000	<input type="checkbox"/> über EUR 50.000
---	--	--	--	---

Frei verfügbares Monatseinkommen für Anlagezwecke

<input type="checkbox"/> bis EUR 100	<input type="checkbox"/> bis EUR 250	<input type="checkbox"/> über EUR 250
--------------------------------------	--------------------------------------	---------------------------------------

Anlagedauer

<input type="checkbox"/> Langfristig über 10 Jahre	<input type="checkbox"/> Mittelfristig über 5 Jahre	<input type="checkbox"/> Kurzfristig über 1 Jahr	<input type="checkbox"/> Kurzfristig bis 1 Jahr
---	--	---	--

Anlageziel

<input type="checkbox"/> Altersvorsorge	<input type="checkbox"/> Geldanlage	<input type="checkbox"/> Kreditschuldablösung	<input type="checkbox"/> Sonstiges _____
---	-------------------------------------	---	--

Verfügungszeitpunkt _____

5. Kundenwünsche

6. Auswahl der Risikoklasse

Sicherheitsorientiert (Risikoklasse 1)	- Keine oder geringe Kursschwankung - Niedrige Renditeerwartung - Substanzerhaltung	- Tagesgeld - Sparbuch - Festgeld - Geldmarktfonds
Konservativ (Risikoklasse 2)	- Geringe Kursschwankung - Begrenzte Renditeerwartung	- Rentenfonds - Mischfonds
Wachstumsorientiert (Risikoklasse 3)	- Mittlere Kursschwankung - Renditeerwartung über Kapitalmarktzinsniveau	- Europ. Aktienfonds - Int. Invest. Aktienfonds
Offensiv (Risikoklasse 4)	- Höhere Kursschwankung - Deutliche über dem Kapitalmarkt liegende Renditechancen - Teilverluste des eingesetzten Kapitals sind möglich	- Branchenfonds - Länderfonds - Emerging – Markets Fonds - Regionenfonds
Spekulativ (Risikoklasse 5)	- Extrem hohe Kursschwankungen - Totalverlust des eingesetzten Kapitals ist möglich - Überproportionale Gewinne	- Themenfonds - Futurefonds - Optionen - Termingeschäfte

Zu den Punkten

2	3	4	6
---	---	---	---

 möchte ich keine Angaben machen (ggf. ankreuzen).

Über die Risiken wurde ich aufgeklärt. Somit stelle ich 321finanzcheck.de von jeglicher Haftung aus einer Verletzung der Befragungs- und Informationspflicht nach §31 WpHG frei.

7. Kundeneinschätzung der ausgewählten Produkte

8. Erklärung

Berater / Vermittler:

Diese Angaben wurden im Auftrag des Kunden und unter Wahrung seiner Interessen ermittelt.

Die getroffenen Anlageentscheidungen berücksichtigen die hier gemachten Angaben. Ich habe dem Kunden alle mit der gewählten Anlageform zusammenhängenden Informationen und Risiken hinsichtlich Art, Umfang und Kosten mitgeteilt und dargestellt.

Es wurden nur Fonds ausgewählt, die durch das BAKred eine Vertriebszulassung für Deutschland haben.

Der Kunde wurde von mir über alle steuerlichen Aspekte der gewählten Anlage aufgeklärt.

Ich habe alle Kundenfragen ausführlich beantwortet.

Ich habe dem Kunden folgende Informationen ausgehändigt:

aktuellste/r Verkaufsprospekt/e

aktuellste/r Halb-/Jahresbericht/e

ggf. gesellschaftsspezifische Zusatz-/Basisinformationen

Ich bestätige die Richtigkeit der von mir gemachten Angaben und Eintragungen in diesem Protokoll.

Die hier gesammelten Daten werden vertraulich behandelt, ausschließlich für den internen Gebrauch gespeichert und nicht an Dritte weitergegeben. Die Bestimmungen des Datenschutzes werden eingehalten.

Ort/DatumUnterschrift

Kunde:

Über die mit Investmentfondsanlagen verbundenen Risiken und Kosten wurde ich aufgeklärt. Speziell das Kursschwankungsrisiko einer solchen Anlage ist mir bekannt.

Darüberhinaus ist mir bekannt, dass die Kapitalgesellschaft - sofern dies in den Vertragsbedingungen vorgesehen ist – die Rücknahme der Anteilscheine bis zu 24 Monate aussetzen darf, wenn außergewöhnliche Umstände vorliegen. Die Möglichkeit dazu hat der Gesetzgeber zum Schutz der Anleger im Investmentgesetz geregelt.

Ausgabeaufschläge, eventuelle Verwaltungs-, Depot- oder andere Gebühren sowie mein Widerrufsrecht habe ich zur Kenntnis genommen.

Ich bestätige, dass alle meine Fragen zu diesem Thema ausführlich geklärt wurden. Ich bestätige, die Richtigkeit der von mir gemachten Angaben und Eintragungen in diesem Protokoll und weiß, dass sie die Grundlage für den getroffenen Anlagevorschlag darstellen.

Mir ist bekannt, dass von mir verweigerte oder fehlerhafte Angaben möglicherweise zu negativen Auswirkungen in der gewählten Anlageentscheidung führen können.

Die getroffenen Anlageentscheidungen, insbesondere im Hinblick auf zeitlichen Horizont und Risikoklasse der Anlage, entspricht meinen Anforderungen an Verfügbarkeit, Rendite und Sicherheit.

Mir sind die Risiken von Berufsunfähigkeit und Unfall bekannt. Ich bin darüber informiert, dass eine Absicherung der Familie über eine Risikolebensversicherung sinnvoll ist.

Die Broschüre „Basisinformation über die Vermögensanlage in Investmentfonds“ wurde mir ausgehändigt von mir verzichtet.

Ort/DatumUnterschrift 1. Anteilinhaber

Ort/DatumUnterschrift 2. Anteilinhaber

Antwort

An
3T / 321finanzcheck
Seestraße 1
97421 Schweinfurt

Informationen zum PostIdent-Verfahren

PostIdent ist Verfahren, das die sichere, persönliche Identifizierung von Personen durch Mitarbeiter der Deutschen Post AG ermöglicht. Grundgedanke der Methode ist es, für den Endkunden möglichst bequem den Auflagen des Geldwäschegesetzes nachzukommen. Durch dieses Gesetz sind Banken verpflichtet, die Identität des Kunden bei der Depotöffnung festzuhalten.

So funktioniert PostIdent

1. Bereiten Sie einen an 3T / 321finanzcheck adressierten Briefumschlag vor. Überprüfen Sie anhand der Checkliste, ob alle erforderlichen Unterlagen zur Depotöffnung ausgefüllt und unterzeichnet sind. Legen Sie diese Unterlagen in den Umschlag, verschließen Sie diesen jedoch noch nicht!
2. Gehen Sie mit dem Umschlag, einem gültigen **Lichtbildausweis (Personalausweis oder Reisepass) und dem PostIdent Coupon** zu einer Filiale der Deutschen Post AG.
3. Ein Mitarbeiter der Deutschen Post AG erstellt eine Urkunde zur Legitimation, die von Ihnen unterzeichnet werden muss. Den nach wie vor offenen Umschlag übergeben Sie dem Postmitarbeiter. Dieser fügt noch die Legitimationsurkunde hinzu und sendet alle Unterlagen an uns. Sowohl PostIdent als auch Porto sind für Sie kostenlos.

So geht es im Anschluss weiter

4. Sobald die Unterlagen bei 321finanzcheck eingetroffen sind, überprüfen wir diese auf Vollständigkeit und Sie erhalten eine Empfangsbestätigung.
5. Wir vermerken den vereinbarten Rabatt und leiten die Unterlagen an die Frankfurter Fondsbank weiter.
6. Nach ca. 7 Tagen erhalten Sie ein Begrüßungsschreiben der Frankfurter Fondsbank. In diesem Schreiben wird Ihnen Ihre Depotnummer mitgeteilt. Sofern Sie einen Online-Zugang beantragt haben, werden Ihnen zeitlich versetzt die entsprechenden Zugangsdaten zugesandt.
7. Ihr Depot ist nun eröffnet und kann ab sofort für den günstigen Fondserwerb genutzt werden.

PostIdent

Bitte verfahren Sie mit diesem PostIdent Coupon wie in vorangegangener Beschreibung.
Achtung: Es muss sich **jeder Depotinhaber** legitimieren lassen!

Achtung MaV!

Formular und diesen Coupon im Postsache-Fensterbriefumschlag oder im Kundenrückumschlag an angegebene Anschrift schicken!



3 T Finanzberatung
Seestr. 1
97421 Schweinfurt

Wichtig! Bitte nehmen sie diesen Coupon und lassen Sie sich bei einer Postfiliale mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass identifizieren.

Abrechnungsnummer

5 1 0 5 0 3 5 0 0 2 3 7 0 1

Referenznummer

Achtung MaV!

- Barcode einscannen
- **POSTIDENT BASIC**®-Formular nutzen
- Formular an Absender



POSTIDENT®

MaV: Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter-Hotline

Achtung MaV!

Formular und diesen Coupon im Postsache-Fensterbriefumschlag oder im Kundenrückumschlag an angegebene Anschrift schicken!



3 T Finanzberatung
Seestr. 1
97421 Schweinfurt

Wichtig! Bitte nehmen sie diesen Coupon und lassen Sie sich bei einer Postfiliale mit einem gültigen Personalausweis oder Reisepass identifizieren.

Abrechnungsnummer

5 1 0 5 0 3 5 0 0 2 3 7 0 1

Referenznummer

Achtung MaV!

- Barcode einscannen
- **POSTIDENT BASIC**®-Formular nutzen
- Formular an Absender



POSTIDENT®

MaV: Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Mitarbeiter-Hotline